

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 1,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
<b>Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Geschäftsbericht des Central-Arbeitersekretariats</b>	163	<b>Lohnbewegungen.</b> Die Aussperrung der holländischen Diamantarbeiter.	178
<b>Gesetzgebung und Verwaltung.</b> Arbeiter als Baukontrollenre. — Von der Berufs- und Gewerbezahlung.	173	<b>Arbeitsmarkt.</b> Kommunaler Arbeitsnachweis in Bremerhaven abgelehnt.	178
<b>Statistik und Volkswirtschaft.</b> Die Streiks in Oesterreich.	174	<b>Unternehmerkreise.</b> Centralstelle deutscher Arbeitgeberverbände.	178
<b>Soziales.</b> Glend in der deutschen Reichshauptstadt.	174	<b>Gewerbegerichtliches.</b> Wahlen in Tilsit und Frankfurt a. M.	178
<b>Arbeiterbewegung.</b> Die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich.	174	<b>Anderer Organisationen.</b> Der deutsche Werkmeisterverband. — Der christliche Textilarbeiterverband „Unitas“ in Holland.	178
<b>Kongresse.</b> Sechster Verbandstag der Steinseker und Pflasterer Deutschlands.	176	<b>Mitteilungen.</b> Unterstützungsbewegung.	178

### Rechenschaftsbericht der Generalkommission

vom 1. Juni 1902 bis 31. Dezember 1903.

Im Jahre 1900 beschloß der Gewerkschaftsausschuß, daß die Generalkommission alljährlich einen kurz zusammengefaßten Bericht über ihre Tätigkeit geben solle und wurde daraufhin ein solcher Bericht im Februar 1901 veröffentlicht. Dieser Bericht erstreckte sich auf die Zeit vom Gewerkschaftskongreß 1899 bis zum 31. Dezember 1900. Da im Jahre 1902 der vierte Gewerkschaftskongreß stattfand, dem ein umfassender Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission vorzulegen war, so erübrigte es sich, für das Jahr 1901 einen besonderen Bericht zu veröffentlichen. Infolge dessen ist der nachstehende Bericht der Kommission erst der zweite, der an dieser Stelle zur Veröffentlichung gelangt.

#### Allgemeines.

Trotz der in einzelnen Industriezweigen recht ungünstigen Konjunktur haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen in ihrer Gesamtheit in überaus erfreulicher Weise entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht nur bedeutend gestiegen sondern die Organisationen sind im Innern ausgestaltet worden und haben besonders ihre Finanzkraft wesentlich gestärkt. Ende 1901 betrug die Mitgliederzahl nach der dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß vorgelegten Statistik 677 510. Im Jahre 1902 erhöhte sich die Zahl auf 733 206 und auch im Jahre 1903 ist eine bedeutende Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Soweit jetzt schon eine Uebersicht nach den Abrechnungen der Organisationen möglich, läßt sich eine Zunahme von mehr als 100 000 Mitgliedern in den Centralverbänden im Jahre 1903 konstatieren. Wenn die Zunahme in den Verbänden, für die Abrechnungen noch nicht vorliegen, sich in gleicher Weise gestaltet, wie in den Organisationen, für die nähere Angaben schon gemacht sind, so wird die Mitgliederzunahme zirka 140 000 im Jahre 1903 betragen. Trotz ganz erheblicher Ausgaben, die einzelnen Organisationen dadurch entstanden sind, daß die Unternehmer Massenaus-sperrungen von Arbeitern, die Lohnforderungen stellten, vornahmen, hat sich auch der Vermögensstand

der Organisationen verbessert. Ein Zeichen dafür, daß diese Taktik der Unternehmer, die darauf hinausgeht, die Finanzkraft der Gewerkschaften zu brechen, ihre Wirkung verfehlt hat.

Die Organisationen sind heute ein Faktor im Wirtschaftsleben geworden, der auch von jenen Stellen nicht mehr übersehen werden kann, an denen man keineswegs von der Existenz und ständigen Fortentwicklung der Gewerkschaften erfreut ist. Zwar sind wir in Deutschland noch nicht soweit gekommen, daß die Staatsverwaltung die Existenzberechtigung der Gewerkschaften anerkennt, aber man ist doch genötigt gewesen, die Hilfe unserer Organisationen bei statistischen Unternehmungen in Anspruch zu nehmen. Eine Reichsbehörde, das Reichsstatistische Amt, hat mehrfach sich an die Vertretung der Gewerkschaften Deutschlands, an die Generalkommission gewandt und um Mithilfe der Gewerkschaften bei statistischen Arbeiten ersucht. Ende 1902 wollte das Amt für die in Aussicht genommene Zeitschrift das „Reichs-Arbeitsblatt“ fortlaufend eine Uebersicht über den Umfang der Arbeitsvermittlung bringen und daran zeigen, wie sich die Zahl der an den Arbeitsvermittlungsstellen sich Meldenden wechselnd gestaltet, um so, wenn auch kein vollständiges, so doch ein annäherndes Bild von der Arbeitslosigkeit zu bieten. Die Generalkommission erklärte sich nach Verständigung mit den ihr angeschlossenen Gewerkschaften bereit, zu veranlassen, daß fortlaufend dem Statistischen Amt die Materialien aus den gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstellen, die eine größere Frequenz aufweisen, erfolgt. Die Kommission veranstaltete ihrerseits eine Umfrage in den Gewerkschaften, um festzustellen, wie sich die Arbeitsvermittlung gestaltet. Von einer Veröffentlichung dieses Materials mußte Abstand genommen werden, mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmer die Arbeitsvermittlung benutzen, um unliebsame Arbeiter von der Beschäftigung auszuschließen. Es wäre taktisch falsch, diesen Unternehmern eine genaue Uebersicht über die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung in die Hand zu geben. Infolge dieser unduldsamen Haltung des

anlaßt. Gegen alle diese Maßnahmen wird selbstverständlich Beschwerde geführt; — aber wer entschädigt die Arbeiter für die Nachteile, die ihnen aus diesen behördlichen Lokalabtreibereien erwachsen?

### Kartelle und Sekretariate.

Die Centralherberge in Breslau ist durch Beschluß des dortigen Kartells von Neumarkt 8 (zu den „drei Tauben“) nach der Leuthenstr. 3 (zum „Rosenbain“) verlegt worden.

Wir ersuchen die Centralvorstände, die Verlegung der Herberge in den Fachblättern zu veröffentlichen.

### Andere Organisationen.

Eine „Deutsche Arbeiterinnen-Zeitung“ wird seit Februar d. J. von der Centralstelle für Arbeiterinnen-Organisation des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine herausgegeben. Das Blatt, das in Berlin unter der Redaktion von Elise Lüders zunächst einmal monatlich erscheint, will abseits von politischer und religiöser Stellungnahme lediglich der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen dienen.

Im Bund Deutscher Brauergesellen, einer zünftlerisch-reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Gegenorganisation unter Führung der Brau- und Malzmeister wird gegenwärtig die Frage des Anschlusses an den Verband der Deutschen Gewerkschaften erörtert. Die bedeutendsten Lokalvereine, z. B. der Dortmunder, können sich indes mit diesem Anschluß nicht befreunden und drohen mit dem Austritt aus dem Bund, falls der Anschluß vollzogen werde. Sie haben ihren Arbeitgebern versprochen, der Arbeiterbewegung fernzubleiben und fürchten, als Deutscher Gewerkschaften würden sie es mit ihren Arbeitgebern verderben. Der „Gewerkverein“ beeilt sich natürlich, diese Angst als gänzlich gegenstandslos hinzustellen. Wir meinen auch, daß die blauen Bundesbrüder den Gewerkschaften nichts vorwerfen könnten, denn die paar Streiks, die jene mitgemacht, haben sie längst bereut und heilig gelobt, sich zu bessern. Unser Segen soll ihnen also nicht fehlen.

### Mitteilungen.

#### Zur Agitation in Elsaß-Lothringen.

Zur Beachtung der Hauptvorstände!

Die verehrl. Hauptvorstände ersuchen wir hiermit höflich, der Agitationskommission der Gewerkschaften Lothringens, per Adresse Restaurant Uhlemann, Reg. Marktstraße 4, die Adressen ihrer Einzelmitglieder in Lothringen, Saarrevier und Kreis Trier zur Verfügung zu stellen, und bitten wir im Interesse der energisch einsetzenden Agitation in diesen Gebieten um Beschleunigung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Elsaß-Lothringens.

#### An die Gewerkschaftskartelle Deutschlands!

Werte Genossen!

Wir richten die Bitte an Euch um Unterstützung der Agitation unter unsren Berufskollegen in den

Krankenhäusern oder sonstigen Heil- und Badeanstalten.

Unser Beruf ist einer der rückständigsten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die denkbar traurigsten. Löhne von 30 Mk. pro Monat neben freier Station gehören schon zu den besseren; nicht selten sind solche mit 15 Mk. pro Monat anfangend in den Krankenhäusern bei kasernenmäßiger Kost und Behandlung. Die unsren Kollegen zugewiesenen Wohnungen sind oft elende Löcher im Keller oder Boden, sie enthalten in vielen Fällen nicht einmal ein Bett, wo man sich nach 14 bis 18stündiger Dienzeit ausruhen kann. Die Verhältnisse in den Sanatorien und sonstigen Heil- und Badeanstalten sind ähnliche. Das Personal erhält entweder wahre Hungerlöhne oder in vielen Fällen gar keinen Lohn und ist ganz oder teilweise auf Trinkgelder angewiesen. So erniedrigt man einen Beruf, der in betreff seiner Pflichten unsren kranken und schwachen Mitmenschen gegenüber die höchsten Anforderungen stellt.

Deshalb bitten wir die organisierten Arbeiter allerorts, sich unsres Berufes anzunehmen und in weitgehendstem Maße für unsre gerechte Sache zu werben.

Wir brauchen wohl nicht erst darauf hinzuweisen, daß oft gerade die Arbeiter in Krankheitsfällen, wo sie gezwungen sind, zur Herstellung ihrer Gesundheit ein Krankenhaus oder eine sonstige Heilanstalt aufzusuchen, unter dieser Misere am meisten zu leiden haben.

Zeitungen und Flugblätter stehen in jeder Anzahl zur Verfügung.

Ebenso bitten wir, alles Material, das sich auf Nebelstände in den Krankenhäusern usw. bezieht, an untenstehende Adresse zu senden, um es an geeigneter Stelle zur Veröffentlichung bringen zu können.

Allen denen, die gewillt sind, unsren Beruf von seinen mittelalterlichen Ueberlieferungen zu befreien, und für die Stärkung unsrer Organisation beistehen wollen, sagen wir unsren herzlichsten Dank im voraus!

Die Arbeiterpresse wird um Verbreitung dieses Aufrufs gebeten.

Central-Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals Deutschlands.

J. A.: Paul Strunk, Berlin, Neanderstr. 13.

#### Quittung

über die im Monat Februar 1904 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Bildhauer	4. Qu. 1903	Mark	148,30
Verb. d. Schiffszimmerer	4. Qu. 1903	„	90,44
Verb. d. Stukkateure	4. Qu. 1903	„	144,00
Verb. d. Sattler	4. Qu. 1903	„	125,00
Verb. d. Gemeinde-Betriebsarbeiter	4. Qu. 1903	„	332,64
Verb. d. Fabrikarbeiter	3. Qu. 1903	„	1418,40
Verb. d. Bureauangestellten	1. u. 2. Qu. 1903	„	31,60
Verb. d. Brauereiarbeiter	3. Qu. 1903	„	531,72
Verb. d. Zimmerer	4. Qu. 1903	„	900,00
Verb. d. Blumen- und Blätterarb.	1903	„	15,00
Verb. d. Bauarbeiter	1903	„	3621,48
Verb. d. Cigarrensortierer	4. Qu. 1902 u. 1903	„	222,50
Berlin, im März 1904.			H. Kube.

Es wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Gau- und Bezirksleiter der Verbände gemeinsam die Agitation fördern sollten und erklärte sich die Generalkommission bereit, die hierbei entstehenden geringen Verwaltungskosten zu übernehmen.

Von einer Schilderung des sonstigen Eingreifens der Generalkommission bei der agitatorischen Tätigkeit im einzelnen kann wohl abgesehen werden. Ebenso von einer Darstellung der Verhandlungen über die recht zahlreichen Anträge, Zuschüsse zur Errichtung von Sekretariaten und für die Anstellung beförderter Beamter zu gewähren. Diese Anträge mußten mit wenigen Ausnahmen abgelehnt werden, weil die Voraussetzungen nicht gegeben waren, welche der Gewerkschaftskongreß von 1899 für die Gewährung solcher Beihilfen als erforderlich bestimmte.

#### Statistik.

Die Statistik über Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ist in der bisherigen Weise fortgeführt, desgleichen die Statistik über die Streiks. Diese hat es ermöglicht, einen genauen Vergleich mit der amtlichen Streikstatistik zu machen. Sowohl für 1901 als für 1902 ergab sich, daß die amtliche Statistik unvollkommen war. Es fehlten in beiden Statistiken über 300 Streiks, von denen die Gewerkschaften nachweisen konnten, daß sie stattgefunden hatten. Da dieser Mangel der amtlichen Statistik sicher darauf zurückzuführen ist, daß die Gewerkschaften der amtlichen Statistik wegen ihres kriminalstatistischen Bezugs geschmacks kein Interesse entgegenbringen, so wurde auf Beschluß der Konferenz der Vorstände eine Eingabe an das Reichsamt des Innern gemacht. Es wurden darin die Mängel der amtlichen Statistik nachgewiesen und eruchtet, die Fragen zu entfernen, welche geeignet sind, die Gewerkschaften an einer Anteilnahme an dieser Statistik zu hindern. Eine Antwort aus dem Reichsamt liegt noch nicht vor.

Die Statistiken über die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate sind unverändert fortgeführt.

Auf Beschluß der Konferenz der Vorstände soll fortlaufend eine Statistik über die Lohnbewegungen aufgenommen werden. Diese Statistik wird das Wirken der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft deutlicher zeigen, als dies durch die Streikstatistik geschehen kann. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die erste Aufnahme schon für das Jahr 1904 erfolgen kann.

#### Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses folgend, berief die Generalkommission eine Konferenz der Vorstände der Centralverbände zum 12. und 13. Oktober 1903 nach Berlin ein.

Ferner fanden auf Veranlassung der Generalkommission zwei Konferenzen der Gewerkschaftsvertreter Oberschlesiens statt. Beide Konferenzen mußten auf österreichischem Boden abgehalten werden, weil auf deutschem Boden kein Lokal zur Verfügung stand und die Konferenzteilnehmer vor Maßregelung geschützt werden mußten.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongreß wurden 36 Generalversammlungen und Verbandstage abgehalten und zwar von folgenden Organisationen:

1902. Buchdrucker, 23. Juni in München. Bureauangestellte, 31. August in Berlin. Fabrikarbeiter, 10. August in Offenbach a. M. Gärtner, 2. November in Hamburg. Schneider, 24. August in München. Civilmilitär, 16. September in Hamburg. Hotelbiener, 27. November. Niederrheinischer Weber-Verband.

1903. Bäcker, 18. Mai in Dresden. Barbier, 24. März in Mannheim. Bauarbeiter, 31. März in Berlin. Bergarbeiter, 31. Mai in Zwidau. Bildhauer, 20. September in Berlin. Dachdecker, 18. Dezember in Dortmund. Formstecher, 12. August in Harburg a. Elbe. Gemeindebetriebsarbeiter, 14. April in Berlin. Glaserarbeiter, 30. Mai in Dresden. Glaser, 12. April in Leipzig. Handels-, Transport- und Verkehrrarbeiter, 12. April in Hamburg. Handschuhmacher, 26. Dezember in Leipzig. Kupferschmiede, 27. Dezember in Hamburg. Maler, 31. März in Berlin. Masseure, 18. Oktober in Berlin. Maurer, 31. März in Berlin. Metallarbeiter, 1. Juni in Berlin. Sattler, 13. April in Kassel. Schiffszimmerer, 19. April in Bergedorf. Schmiede, 10. April in Halle a. S. Seelente, 20. April in Hamburg. Stukkateure, 4. Oktober in Köln a. Rh. Tabakarbeiter, 23. März in Dresden. Tapezierer, 8. Juli in Magdeburg. Töpfer, 2. Juni in Meissen. Vergolder, 13. April in München. Werftarbeiter, 10. Mai in Vegeha. Zimmerer, 31. März in Berlin.

Von diesen Generalversammlungen resp. Verbandstagen wurden 27 durch Vertreter der Generalkommission besucht und zwar die Verbandstage folgender Organisationen: Bäcker, Barbier, Bauarbeiter, Bergarbeiter, Bildhauer, Bureauangestellte, Formstecher, Gärtner, Gemeindebetriebsarbeiter, Glaserarbeiter, Handels-, Transport- und Verkehrrarbeiter, Hotelbiener, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Seelente, Stukkateure, Tapezierer, Töpfer, Vergolder, Werftarbeiter, Zimmerer.

Ferner entsandte die Generalkommission einen Vertreter zu dem Bauarbeiterkongreß, der am 29. März 1903 in Berlin stattfand.

Der letzte Gewerkschaftskongreß beauftragte die Generalkommission in der Reichstagsession 1902/1903 einen Heimarbeiterschutzkongreß zu veranstalten. Da das ganze Interesse bei den Verhandlungen des Reichstages sich auf den Zolltarif in dieser Zeit erstreckte, so beschloß der Gewerkschaftsausschuß, den Heimarbeiterschutzkongreß hinauszuschieben und ist er für den 7. bis 9. März 1904 nach Berlin einberufen worden.

Dem österreichischen Gewerkschaftskongreß wohnte ein Vertreter der Generalkommission bei. Einer Einladung zum Kongreß der Gewerkschaften Schwedens wurde nicht Folge gegeben, nach Hinweis darauf, daß die Gewerkschaftskommission wiederum auf dem Skandinavischen Arbeiterkongreß vertreten sein würde, in dem die Gewerkschaften Dänemarks, Norwegens und Schwedens vereinigt sind.

Zu der internationalen Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landescentralen in Dublin entsandte die Generalkommission zwei Vertreter, die auch an der Jahresversammlung der General Federation of Trade Unions, die an demselben Orte stattfand, teilnahmen. Auf der internationalen Konferenz wurde der Vorsitzende der Generalkommission zum internationalen Sekretär gewählt. Die Konferenz hat die Verbindungen geschaffen, die nach dem gegenwärtigen Stande der Organisation in den einzelnen Ländern möglich ist.

#### Die Arbeiterversicherung.

Der vom letzten Gewerkschaftskongreß gefaßte Beschluß, in Berlin ein Central-Arbeitersekretariat zu errichten, wurde von der Generalkommission ausgeführt. Das Sekretariat ist am 1. Januar 1903 er-

organisierten Unternehmertums ist es nicht angängig, die wertvollen Ergebnisse einer von den Gewerkschaften veranstalteten Statistik im einzelnen bekannt zu geben.

Sodann wünschte das statistische Amt fortlaufend Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen in den Verbänden, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren. Auch waren die in Frage kommenden Gewerkschaften, trotz der bedeutenden Arbeit und der nicht unerheblichen Unkosten, die ihnen durch die Sache entstanden, bereit, den Anforderungen des statistischen Amtes zu entsprechen. Die Formulare für die Erhebung werden wohl von dem Amte geliefert, doch haben die beteiligten Gewerkschaften die Postkosten für die vierteljährlich einzusendenden Berichte zu tragen, was bei Organisationen mit vielen Zweigvereinen eine ins Gewicht fallende Ausgabe verursacht. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß auch diese von dem Reiche getragen wird, doch haben sich die Verbände bereit erklärt, sie zunächst zu übernehmen, um die Sache selbst zu fördern.

Der Plan für diese Statistik wurde in einer Sitzung in den Räumen des reichsstatistischen Amtes festgelegt. An der Sitzung nahmen die Vorsitzenden der Verbände teil, die Arbeitslosenunterstützung an die Mitglieder zahlen und ihren Sitz in Berlin haben. Den Vorsitz führte der Präsident des statistischen Amtes.

Neben einigen weiteren Anforderungen, die leichter erfüllt werden konnten, richtete das Amt das Ersuchen an die Generalkommission, die in den Gewerkschaften vorhandenen mit den Unternehmern vereinbarten Lohnsätze zu sammeln und dem Amt zur Verfügung zu stellen. Es sollen diese Tarife systematisch zusammengestellt und dann soweit erforderlich durch das Amt im Wortlaut veröffentlicht werden. Auch hier sagten die Gewerkschaften zu, der Anforderung nachzukommen, und gelang es bis zum Januar 1904, dem statistischen Amt insgesamt 923 Tarife zu übermitteln.

Man mag, angesichts des sonstigen Verhaltens der Reichs- und Staatsbehörden gegenüber den Gewerkschaften, diesen Vorgängen keine allzugroße Bedeutung beilegen. Das eine ist jedoch sicher, daß, wenn die Hilfe der Gewerkschaften von Reichsbehörden in Anspruch genommen wird, man diesen Organisationen die rechtliche Anerkennung auf die Dauer nicht wird verweigern können. Wir betrachten die Sache auch nur insofern als bedeutungsvoll, weil durch sie der Beweis geliefert ist, daß man an maßgebender Stelle die gewerkschaftlichen Organisationen nicht mehr übergehen kann, und dies ist für uns ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften an Macht und Ansehen gewonnen haben.

#### Agitation.

In Oberschlesien sind in den Einrichtungen zur Förderung der gewerkschaftlichen Agitation einige Änderungen eingetreten. Nachdem von den Verbänden der Bergarbeiter und Maurer besoldete Verwaltungsbeamte für den oberschlesischen Industriebezirk angestellt worden sind, wurde energisch versucht, Versammlungslokale zu beschaffen. Es wurden Lokale in Beuthen und Kattowitz gemietet. In beiden Fällen erklärte die Behörde, daß die Lokale zu Versammlungszwecken nicht benutzt werden dürften. Daraufhin wurde beschlossen, das Sekretariat in das neugemietete Lokal in Beuthen zu verlegen. Der Vermieter des Lokales hatte jedenfalls darauf gerechnet, daß wir ihm die Miete für das Lokal zahlen würden, ohne es in Benutzung nehmen zu können. Als ihm erklärt wurde, daß der Arbeiterverkehr doch in das Lokal durch Verlegung des Sekretariats gezogen würde, hob er den Vertrag auf und händigte dem Vertreter

der Generalkommission die vereinbarte Konventionalstrafe von 300 Mk. ein. Ob die Summe aus seinem Vermögen stammte, ist nicht erwiesen, aber nicht sehr wahrscheinlich. — In der gleichen Weise wurde nun bei dem Lokal in Kattowitz vorgegangen. Der Vermieter dieses Lokales hielt aber den Vertrag. Darauf wurde das Sekretariat nach Kattowitz verlegt, und es wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, das Lokal für die gemieteten Zwecke frei zu bekommen. In diesem Kampfe, in dem es nicht an heiteren Momenten fehlte, zeigte es sich deutlich, wie eigenartig die oberschlesischen Verwaltungsbehörden ihre Aufgabe auffassen. Aber die Widerstände wurden von den Arbeitern überwunden und heute ist das Lokal für Versammlungen zu benutzen und vollzieht sich der Arbeiterverkehr ungehindert in den Räumen. An Stelle des Arbeitersekretärs, Genossen Dr. Winter, trat, da dieser seine Stellung aufgab, am 1. Juli 1903 der Genosse Gommer.

In Posen vollzog sich gleichfalls eine Aenderung in den Einrichtungen. Da die Bewegung sich dort soweit entwickelt hatte, um den lokalen Anforderungen aus eigener Kraft genügen zu können, wie auch aus einer Reihe anderer Gründe, verlegte die Generalkommission den Sitz der Agitationskommission von Posen nach Bromberg. Der Genosse Stöckel wurde als besoldeter Beamter der Generalkommission angestellt und hat die Agitation in der Provinz Posen und dem südlichen Teile der Provinz Westpreußen zu betreiben.

Die Agitationskommissionen in Danzig und Königsberg haben nur eine geringe Tätigkeit entwickeln können. Es fehlt hier an Kräften, die sich der Agitation in ausreichendem Maße widmen können. Die wenigen vorhandenen Kräfte sind völlig in Anspruch genommen. Eventuell wird auch für diesen Bezirk die Anstellung eines Beamten sich notwendig machen.

In Elsaß-Lothringen ist die Centralkommission bemüht, die gewerkschaftliche Organisation zu fördern. Die Erfolge sind aber noch geringe. Besonders ist es auch hier die reaktionäre Vereinsgesetzgebung und das Verhalten der Behörden, was den Erfolg beeinträchtigt. Nach den bisher gesammelten Erfahrungen ist dies aber kein dauerndes Hindernis und werden wir hier ebenso, wie es an andern Stellen gelungen ist, Hindernisse zu überwinden vermögen.

In gleicher Weise wird die Agitation in Saarabien durch behördlichen Einfluß behindert. Auch dieses industriell sich entwickelnde Gebiet muß der gewerkschaftlichen Organisation erschlossen werden und wird die Generalkommission unter Beihilfe der beteiligten Verbände in nächster Zeit ein Sekretariat in Saarbrücken errichten.

Sodann ist auch das für das Sauerland mit dem Sitz in Iserlohn vorhandene Sekretariat von der Generalkommission in Verwaltung genommen. Dieses Sekretariat wurde bisher aus den Beiträgen der lokalen Organisationen erhalten. Infolge zweckmäßiger Agitation und der Aussperrung in Iserlohn sind diese Organisationen zu den Centralverbänden übergetreten. Um das Sekretariat zu erhalten, verpflichteten sich der Deutsche Metallarbeiterverband und die Generalkommission, zunächst die erforderlichen Zuschüsse zu leisten, bis die Ausgaben aus den Extrabeiträgen, zu denen sich die beteiligten Arbeiter verpflichteten, gedeckt werden können.

Dem Plan, für Rheinland-Westfalen mit dem Sitz in Elberfeld eine Agitationskommission einzusetzen, konnte die Generalkommission nicht zustimmen.

in letzterem Bezirk steht ein von der Generalkommission besoldeter Vertrauensmann vor. Das Arbeitersekretariat in Pforzheim, eine Einrichtung der sog. neutralen Gewerkschaften im Sauerland, hat die Generalkommission übernommen, weil dies von der genannten Richtung bei ihrem Uebertritt zu den freien Gewerkschaften zur Bedingung gemacht wurde und die Generalkommission das Fortbestehen des betreffenden Sekretariats als zweckmäßig anerkannte. Auch das Sekretariat in Oberschlesien, welches im Juli von Beuthen nach Katowitz verlegt wurde, stellt größere Ansprüche an die Kasse der Generalkommission, da das Gehalt des Sekretärs seit der Sitzverlegung von der Generalkommission allein gezahlt wird. Die aus diesen Einrichtungen entstehenden laufenden Ausgaben betragen pro Jahr insgesamt 5000 bis 6000 Mark. Dem Verlangen, für Ostpreußen einen besoldeten Vertrauensmann einzusetzen, konnte bisher ebensowenig entprochen werden, wie dem Verlangen, für das Saargebiet ein Arbeitersekretariat zu errichten. Wird diesen Anforderungen Rechnung getragen, was sehr zu wünschen ist, so entstehen auch hier wiederum laufende Ausgaben. Es ist jedoch begründete Hoffnung vorhanden, daß die Finanzen im Laufe des Jahres sich so gestalten, daß diese Forderungen erfüllt werden können.

Die folgenden Abrechnungen geben über alle Einzelheiten genaue Auskunft, so daß weitere Ausführungen dazu sich erübrigen.

Hermann Kube.

**Abrechnung der Generalkommission vom 1. April 1902 bis 31. Dezember 1902.**  
Einnahme.

Quartalsbeiträge	57 679,68	Mk.
Proschüren:		
a) Koalitionsrecht	3,40	"
b) Mißstände im Baugewerbe	3,—	"
c) Arbeiterin im Klassenkampf	5,25	"
d) Anleitung zum Vereinsrecht	138,40	"
e) Bauarbeiterschut	—,20	"
f) Protokolle	7 139,57	"
g) Streik der Hafenarbeiter	1,40	"
h) Arbeiterversicherung	16,35	"
Abonnement auf „Correspondenzblatt“	717,20	"
Zurückgezahlte Darlehen	200,—	"
Zinsen	703,19	"
Abonnements auf „Oswiata“	4 020,38	"
Diverse	438,19	"
	<b>Sa. 70 976,21</b>	<b>Mk.</b>
Kassenbestand am 31. März 1902	58 028,42	"
	<b>Sa. 129 004,63</b>	<b>Mk.</b>

**Ausgabe.**

Agitation:		
a) allgemeine	4 716,95	Mk.
b) Posen	2 270,—	"
c) Oberschlesien	3 512,33	"
d) Ostpreußen	1 250,—	"

e) Elsaß-Lothringen	1 107,91	Mk.
f) Wahl zum Reichsversicherungsamt	100,—	"
An Gewerkschaftskartelle	1 700,—	"
Gehälter	6 229,89	"
Porto:		
a) „Correspondenzblatt“	3 004,80	"
b) Briefe	492,01	"
c) Broschüren	327,71	"
d) des Kassierers	77,89	"
Honorare und Uebersetzungen	2 863,84	"
Delegationen	1 178,45	"
Sitzungen	721,80	"
Bücher und Zeitschriften	652,31	"
Verwaltung	2 393,97	"
Expedition des „Correspondenzblatt“	600,—	"
Druckkosten:		
a) „Correspondenzblatt“	13 726,40	"
b) Anleitung zum Vereinsrecht	505,—	"
c) Protokolle (einschl. Verband)	11 692,75	"
d) Flugblatt Heimarbeit (einschl. Verband)	1 206,40	"
e) Circulare, Adressen, Ausschussprotokolle	1 217,50	"
Gewerkschaftskongreß:		
Jahrgelder und Diäten der Generalkommissionsmitglieder	759,90	"
Jahrgelder und Diäten der Redakteure der Generalkommission	429,60	"
Jahrgelder und Diäten der Referenten und Uebersetzer	938,90	"
Anfertigung des Protokolls	750,—	"
Internationale Konferenz	358,90	"
Drucksachen: Abzüge, Anträge, Resolutionen	668,50	"
Ausstellung und Saaldekoration	214,65	"
Schreibmaterial	121,60	"
Porto	33,50	"
Entschädigung der Ordner, Führer und Dolmetscher	584,—	"
Diverse Ausgaben: Jahrgelder, Stellgelder usw.	36,67	"
180 Führer durch Stuttgart	90,—	"
Anteil zur Deckung des Defizits des Gewerkschaftskartells in Stuttgart	100,—	"
Diverse	598,58	"
Zuschuß für „Oswiata“	4 500,—	"
Zuschuß für „L'Operaio Italiano“	1 411,09	"
	<b>Sa. 73 143,80</b>	<b>Mk.</b>
Kassenbestand am 31. Dezember 1902	55 860,83	"
	<b>Sa. 129 004,63</b>	<b>Mk.</b>

gez. A. Röske, Kassierer.  
Revidiert und mit den Büchern und Belegen einstimmend befunden.  
Hamburg, 9. Januar 1903.  
W. Stromberg, Fr. Paepow, A. Demuth.  
Revisoren der Generalkommission.  
Für die Revisoren des Gewerkschaftsausschusses:  
Max Josephohn.

**Jahres-Abrechnung 1903.**

**Einnahme:**

a) Generalkommission:		
Position 1. Kassenbestand vom Jahre 1902		55 860,83
2. Beiträge der Gewerkschaften		80 596,79
3. Schriftenverlag:		
a) Anleitungen zum Vereinsrecht	366,20	
b) Aufgaben der Gewerkschaftskartelle	457,—	
c) Arbeiterin im Klassenkampf	36,85	
d) Baugewerblicher Arbeiterschut	6,10	

öffnet und befindet sich in den von der Generalkommission gemieteten Räumen, so daß völlig dem Gedanken Rechnung getragen ist, daß das Sekretariat als eine Abteilung der Generalkommission zu gelten habe. Der Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats schließt sich dem Bericht der Generalkommission an.

#### „Correspondenzblatt“, „L'Operaio Italiano“, „Dziwiata“, Broschüren.

Das „Correspondenzblatt“ ist seit dem letzten Kongreß nicht nur inhaltlich ausgestattet worden, sondern auch äußerlich insofern verbessert, daß das Blatt aufgeschnitten und geheftet geliefert wird. Es war möglich, trotz dieser vermehrten Arbeit in der Druckerei die Frist zwischen dem Redaktionsluß und Erscheinungstag um einen Tag zu verkürzen.

Der Inhalt ist verbessert durch Heranziehung einer größeren Zahl von Mitarbeitern in Deutschland und Korrespondenten im Ausland.

Die wirtschaftliche Rundschau, die nach wie vor den Gewerkschaftsblättern schon vor Erscheinen des Correspondenzblattes zum Abdruck zugefandt ist, erscheint nicht mehr in vierwöchentlichen, sondern in vierzehntägigen Fristen. Dadurch ist ihr Inhalt wesentlich aktueller geworden.

Die Auflage des Blattes erhöhte sich von 10 900 im Mai 1902 auf 14 500 im Dezember 1903.

Die italienische Zeitung „L'Operaio Italiano“ erscheint in einer Auflage von 2000 Exemplaren im Winter und von 3400 im Sommer. Es ist wohl zu konstatieren, daß durch dieses Organ die Uebernahme von Streikarbeit durch die italienischen Arbeiter erheblich eingeschränkt ist und die Italiener für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen sind.

Ebenso günstig hat das polnische Gewerkschaftsblatt „Dziwiata“ in den Bezirken mit polnisch sprechender Bevölkerung gewirkt. Die Auflage des Blattes ist nicht groß, es erscheint nur in 2700 Exemplaren. Dem Bedürfnis der polnisch sprechenden Bergarbeiter, die den größten Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder, die nach Literatur in polnischer Sprache verlangen, wird dadurch Rechnung getragen, daß ein Teil der Bergarbeiterzeitung in polnischer Sprache erscheint. Dadurch ist die Zahl der Abnehmer des Blattes „Dziwiata“ verringert worden.

Das Protokoll des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands gelangte in 56 000 Exemplaren zur Ausgabe.

Ferner wurden die Artikel aus dem „Correspondenzblatt“ über Aufgaben und Einrichtungen der örtlichen Gewerkschaftskartelle als Broschüre herausgegeben und wurden 5000 Exemplare hergestellt, die zum größten Teil zum Verkauf gelangten.

Die Generalkommission wurde vielfach herangezogen zu Verhandlungen, die bezweckten, Differenzen zwischen einzelnen Verbänden, in der Hauptsache „Grenzstreitigkeiten“ betreffend, auszugleichen. Teils veranlaßte sie, wenn solche Differenzen vorlagen, selbst eine Zusammenkunft der inbetracht kommenden Verbandsvorstände. Es gelang fast immer die Differenzen beizulegen und eine Verständigung herbeizuführen.

Des weiteren wurden von der Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Vorstand des „Bereins Arbeiterpresse“ die Statuten für die Organisation zur Versicherung der in der Arbeiterschaft angestellten Beamten fertiggestellt. Diese Versicherungsorganisation fand bei den Gewerkschaften fast allgemeinen Anklang, und ist ihr der größte Teil der Gewerkschaftsbeamten beigetreten.

Der Gewerkschaftskongreß in Stuttgart hatte beschlossen, den Sitz der Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Es konnten der Kommission passende Räumlichkeiten im Berliner Gewerkschaftshaus freigestellt werden. Für die Kommission war die Anstellung eines dritten Beamten erforderlich. Im Sekretariat sind zwei Beamte angestellt und neuerdings eine Hilfsarbeiterin.

Die infolge des Umzuges erforderlichen Neu-einrichtungen erforderten zwar eine größere Ausgabe, doch sind die Bureaus so ausgestattet, daß allen Anforderungen Genüge getan sein dürfte.

Der Gewerkschaftsausschuß in Hamburg hielt nach dem letzten Gewerkschaftskongreß noch zwei Sitzungen, der Gewerkschaftsausschuß in Berlin sechs Sitzungen, die Generalkommission 80 Sitzungen ab.

Berlin, 7. März 1904.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
C. Legien, Vorsitzender.

#### Rassenbericht.

Die unten aufgeführte Abrechnung umfaßt die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. Dezember 1903. Sie zerfällt in zwei in sich abgeschlossene Teile. Der erste Teil erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April bis 31. März 1902, schließt also mit der Amtstätigkeit der früheren Generalkommission ab. Ihm folgt die Jahresabrechnung 1903. Beide Teile weichen in der Zusammenstellung etwas voneinander ab. Die von der vorhergehenden abweichende Aufstellung der Jahresabrechnung 1903 wurde gewählt, um eine bessere Uebersicht über die einzelnen Verwaltungszweige der Generalkommission zu geben.

Der Etat der Generalkommission hat im verfloffenen Jahre nicht ganz die Höhe des Jahre vorher erreicht. Einnahmen und Ausgaben beiben um ca. 4000 Mk. zurück. Irgend welche Schlüsse auf die Finanzen und auf die Tätigkeit der Generalkommission lassen sich daraus nicht ziehen, denn die Ursachen können sehr verschieden sein. Bedenklich ist jedoch die Tatsache, daß die Einnahmen an Beiträgen der Gewerkschaften 1903 geringer sind als 1902, umso mehr, weil vom 1. Januar 1903 ab die erhöhten Beiträge in Anrechnung zu bringen sind. Die erhöhten Beiträge kommen zwar im verfloffenen Jahre nicht voll zur Geltung, denn die meisten Gewerkschaften leisten ihren Beitrag erst nach Ablauf einer mehr oder weniger langen Frist, weil sie vor Fertigstellung ihrer Quartals-Abrechnungen nicht berechnen können, welchen Beitrag sie an die Generalkommission zu zahlen haben. Ein Teil der erhöhten Beiträge ist jedoch im vergangenen Jahre mit zur Verrechnung gelangt und trotzdem bleibt die Einnahme an Beiträgen um ca. 3500 Mk. gegen das Jahr vorher zurück. Ob das seine Ursache darin hat, daß die Restbeiträge höher sind als im Jahre vorher, oder ob die Zahl der Mitglieder im allgemeinen zurückgegangen ist, läßt sich erst feststellen, nachdem die Statistik über die deutsche Gewerkschaftsbewegung für 1903 vorliegt.

Die einmaligen Ausgaben sind zwar geringer als die im Jahre vorher, doch sind sie in der Verlegung des Sitzes der Generalkommission von Hamburg nach Berlin und der damit verbundenen Neuanfassungen (siehe S. 8, 9, 10) auch außergewöhnlich hoch. In Zukunft dürfte dies weniger der Fall sein. Demgegenüber haben sich die laufenden Ausgaben vermehrt. In erster Linie durch die Errichtung des Central-Arbeiterssekretariats, welches im ersten Jahre einen Kostenaufwand von 6771,81 Mk. erforderte. In Oberschlesien, Rheinland, Posen-Westpreußen sind Agitationskommissionen ins Leben gerufen worden. Der Kommission



	c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
	d) Bücher und Zeitungen	334,69		
	e) Porto	18,37	6 206,02	
Position 2.	Druckkosten		16 943,45	
" 3.	Expedition		4 723,11	27 872,58 Mf.
c) L'Operaio Italiano:				
Position 1.	Redaktion:			
	a) Gehälter	2400,—		
	b) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
	c) Bücher und Zeitungen	82,01	2 518,01	
" 2.	Druckkosten		2 718,45	
" 3.	Expedition		248,02	5 484,48 "
d) Oswiata:				
Position 1.	Redaktion:			
	a) Gehälter	2018,—		
	b) Bücher und Zeitungen	150,08		
	c) Miete, Licht, Bureauutensilien	201,72	2 369,80	
" 2.	Druckkosten		2 945,20	
" 3.	Expedition		283,05	5 598,05 "
e) Central-Arbeitersekretariat:				
Position 1.	Bureauutensilien und Schreibmaterialien	1145,50		
	Bücher und Zeitschriften	514,30		
	Porto	254,36	1 914,16	
" 2.	Gehälter und Aushilfe		4 744,50	
" 3.	Diverses		113,15	6 771,81 "
Bestand am Schluß des Jahres 1903				62 961,66 "
				149 350,31 Mf.

## Streiks und Aussperrungen.

Einnahme:		Ausgabe:	
Nür Generalfstreik in Holland	10 284,55 Mf.	Streikomitee in Holland	7000,— Mf.
" Aussperrung Hierlohn	472,— "	" " Hierlohn	3472,— "
" " Birmasens	232,50 "	Centralverband der Schuhmacher	232,50 "
" " Crimmitschau	731,93 "	" " Textilarbeiter	731,93 "
		Streikende Steinarbeiter in Chemnitz	184,55 "
		Glasarbeiter zurückgezahlt	100,— "
	11 720,98 Mf.		11 720,98 Mf.

Für die Richtigkeit: Hermann Kube, Kassierer.

Revidiert und mit den Büchern und Belägen übereinstimmend befunden.

Revisoren der Generalkommission:

Johann Sassenbach. A. Cohen.

Revisoren des Ausschusses:

Paula Thiede. G. Eifler. H. Fegold.

## Geschäftsbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1903.

Unter den vielen Unterstützungseinrichtungen, die die Gewerkschaften pflegen, nimmt der unentgeltliche Rechtsschutz für die Mitglieder eine nicht unbedeutende Stellung ein. Das Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein so kompliziertes, daß der einfache Arbeiter sich nicht zurecht finden kann, er bedarf in den meisten Fällen der Anleitung, um seine Rechte wahrnehmen zu können. Diese Rechtsbelehrung zu erteilen, wurde mehr und mehr eine Aufgabe der Arbeitersekretariate, und mit dem wachsenden Bedürfnis ist auch die Errichtung dieser Institute fortgeschritten; so daß in den Industrieorten und den Großstädten mit einer regsamem Arbeiterbewegung in der Regel auch ein Arbeitersekretariat zu den ständigen Einrichtungen gehört. Mit der Errichtung des Central-Arbeitersekretariats sollte eine viel empfundene Lücke auf diesem Gebiet ausgefüllt werden. Wohl konnten die Arbeitersekretariate die Interessen der Arbeiter durch Anfertigung von Schriftsätzen gegenüber den Berufs-genossenschaften und Versicherungsanstalten wahrnehmen, aber die mündliche Vertretung im besonderen vor dem Reichs-Versicherungsamte war doch

nur in Ausnahmefällen möglich. Die Stellung der Arbeiter gestaltete sich um so ungünstiger, als die Berufs-genossenschaften seit langem ihre Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt hatten, während die Arbeiter darauf verzichten mußten, oder die Vertretung doch nur mit erheblichem Kostenaufwand erlangen konnten.

Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, entschied sich der Stuttgarter Gewerkschaftskongress, der im Jahre 1902 tagte, für die Errichtung eines Central-Arbeitersekretariats die nötigen Mittel bereit zu stellen; das Arrangement wurde der Generalkommission der Gewerkschaften überlassen. Nachdem die nötigen Vorbereitungen erledigt waren, konnte das Central-Arbeitersekretariat seine Tätigkeit am 1. Januar 1903 beginnen; als Aufgabe bezeichnete die Resolution des Gewerkschaftskongresses folgendes:

„Die Generalkommission hat ein Central-Arbeitersekretariat zu errichten, welches die Rekurse, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichs-Versicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Rekurse in der



ungunsten der Kläger entschieden worden. Durch Zurücknahme der Rekurse im Laufe des Verfahrens, weil eine ungünstige Beweisaufnahme vorlag, fanden neben Klagesachen ihren Abschluß. In zwei Fällen fand vor dem Reichs-Versicherungsamt mit den Vertretern der Berufsgenossenschaften eine Einigung, statt. Welcher Art die einzelnen Streitsachen waren, soweit sie die Unfallrente betrafen, ergibt folgende Tabelle:

Die Ansprüche auf Unfallrente betrafen:

Gegenstand	Zahl der Fälle	Entscheidung für den Kläger zu		Vertretung abgelehnt	Rekurs zurückgenommen
		gunsten	ungunsten		
Anerkennung eines Vertriebsunfalls	69	23	46	—	4
Höhe der ersten Rentenfestsetzung	68	33	35	15	—
Herabsetzung der Rente	269	129	140	24	3
Antrag auf Erhöhung der Rente	42	16	26	8	—
Höhe des Arbeitslohnes	5	3	2	—	—
Unzulässiger Bescheid	2	2	—	—	—
	455	206	249	47	7

Bei der Zusammenstellung sind die Entscheidungen, die einen teilweisen Erfolg für den Verletzten bedeuteten, den Entscheidungen zugezählt, die zu Gunsten des Verletzten aufgeführt werden. Es ist also in allen Fällen, wo der Bescheid der Berufsgenossenschaft zu Gunsten des Verletzten geändert wurde, für den Verletzten ein Erfolg zu verzeichnen.

Bringt man die nichtvertretenen Klagen in Abzug von der Gesamtzahl, so ergeben sich 401 mündlich vertretene Ansprüche, die in 206 Fällen einen Erfolg für den Verletzten aufwiesen und in 195 Fällen zu Ungunsten des Verletzten entschieden wurden.

Von den 30 Streitsachen, die Hinterbliebenenrente betrafen, sind 26 erledigt, 2 Vertretungen wurden abgelehnt, so daß 24 zur mündlichen Verhandlung standen. Von den Berufsgenossenschaften waren 7 Rekurse eingelegt, davon hatten für die Berufsgenossenschaften nur 2 einen Erfolg, in den 5 andern Fällen blieb es bei den für die Hinterbliebenen günstigen Entscheidungen der Schiedsgerichte. Von den Hinterbliebenen waren 17 Rekurse eingelegt, davon hatten 6 einen Erfolg, d. h. die den Hinterbliebenen ungünstigen Entscheidungen der Schiedsgerichte wurden zu ihren Gunsten geändert. In 11 Fällen war das Rechtsmittel ohne Erfolg.

Rechnet man dieses Ergebnis zu den Unfallrentenansprüchen hinzu, so ergibt sich, daß auf Grund der Unfallversicherungsgesetze 217 Ansprüche der Arbeiter ganz oder teilweise anerkannt, während 208 Ansprüche eine Zurückweisung erfuhren, somit ist in 51,05% der Fälle für die Verletzten resp. die Hinterbliebenen ein Erfolg zu verzeichnen.

Im Vergleich zu den Ergebnissen des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1908 ergibt sich folgendes: Von den 14 328 erledigten Rekursen waren 10 770 von den Versicherten eingelegt und 3558 von den Berufsgenossenschaften; 3901 Schiedsgerichtsurteile erfuhren in der Rekursinstanz eine völlige oder teilweise Aenderung. Bei den Rekursen der Versicherten

betrug die Prozentzahl 23, bei den Berufsgenossenschaften 52,5.

In umstehender Tabelle (S. 172) geben wir eine Zusammenstellung, gegen welche Berufsgenossenschaften die von uns vertretenen Ansprüche gerichtet waren.

Die Zahl der Streitsachen erscheint in dieser Tabelle größer als in der vorausgegangenen, weil in einzelnen Sachen vom Verletzten sowohl als von der Berufsgenossenschaft Rekurs eingelegt wurde, und sind die von beiden Parteien eingelegten Rekurse einzeln aufgeführt.

Die ausgegebenen Fragebogen erstrecken sich in diesem Jahre noch nicht auf alle uns übermittelten Streitsachen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß die Fragebogen erst später zur Ausgabe gelangt sind und von einigen der Kläger die Ausfüllung des Fragebogens nicht zu erlangen war. Der Fragebogen soll uns die nötige Information gewähren, daneben aber wollten wir auch einige wichtige sozialpolitische Fragen zu einer Bearbeitung verwerten. Nach der Richtung versprechen wir uns für das nächste Jahr mehr.

Die Fragebogen umfassen 249 Arbeiter und 6 Arbeiterinnen. Von den Verletzten, die eine Unfallrente beanspruchten oder bezogen, waren im Alter von 16—20 Jahren 5 Arbeiter und 1 Arbeiterin; von 21—30 Jahren 63 Arbeiter und 1 Arbeiterin; von 31—40 Jahren 104 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen; von 41—50 Jahren 38 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen; von 51—60 Jahren 31 und über 60 Jahre 8 Arbeiter. Von den Arbeitern waren 201 verheiratet, von den Arbeiterinnen eine, die übrigen waren ledig. Von den Verheirateten hatten 164 Kinder unter 15 Jahren, und zwar 34 eins, 39 zwei, 36 drei, 24 vier, 17 fünf, 10 sechs, 3 sieben und 1 acht; 38 hatten keine Kinder unter 15 Jahren.

Da bei Unfällen nicht selten die Arbeiter in einer Weise zu Schaden kommen, daß es ihnen unmöglich ist, in ihrem bisherigen Beruf weiter tätig zu sein, so war es für uns nicht unwichtig, zu ermitteln, wie oft die Arbeiter gezwungen sind, ihren ehemaligen Beruf aufzugeben und zu einem andern Beruf überzugehen. Unsere 255 Fragebogen ergeben, daß 152 Personen ihren Beruf wechseln mußten und zu einer andern Beschäftigung übergingen. Erwägt man, wie schwer es dem Arbeiter wird, besonders wenn er sich schon im höheren Alter befindet, zu einem andern Beruf überzugehen, so kann man aus der angegebenen Zahl eine Schlussfolgerung ziehen, welche schwere Schäden für den Verletzten und die Familie aus der Unfallverletzung entstehen.

Eine andre Frage betraf das Heilverfahren, im besondern, wie oft ein neues Heilverfahren nach der ersten Behandlung von der Berufsgenossenschaft eingeleitet wurde. Diese Anfragen ergeben, daß in 38 Fällen nach der ersten Heilbehandlung abermals eine erneute ärztliche Behandlung von den Berufsgenossenschaften gewährt wurde; in 8 Fällen geschah dies zum zweiten Mal, in 4 Fällen zum dritten Mal, in 2 Fällen zum vierten Mal, in 2 Fällen zum fünften Mal und in 1 Fall zum sechsten Mal.

Nach der ersten Rentenfestsetzung wurde die Rente in 133 Fällen herabgesetzt, und zwar zum ersten Mal in 79 Fällen, zum zweiten Mal in 46 Fällen, zum dritten Mal in 8 Fällen und zum vierten Mal in 1 Fall.

Bei den oft langwierigen Verfahren tritt seitens der Berufsgenossenschaft die Unterstützung in vielen Fällen erst sehr spät ein, und es entsteht dadurch der viel gerügte Mangelstand, daß die Verletzten in eine sehr bedrängte wirtschaftliche Situation geraten. Wir suchten deshalb zu ermitteln, wie oft die Verletzten

Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt zu jorgen hat. Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Inanspruchnahme des Instituts schnell gestiegen und damit wohl der beste Beweis für die Notwendigkeit der Einrichtung gegeben. Die Tätigkeit des Arbeiter-Sekretariats ist in den engen Grenzen gehalten, die der Gewerkschaftsfongress ihm vorzeigte, aber es traten auch Anforderungen an uns heran, die ein Abweichen von diesen Grundsätzen nahelegten und auch herbeiführten. Die Haupttätigkeit konzentrierte sich auf die schriftliche und mündliche Vertretung der Ansprüche der Arbeiter vor dem Reichs-Versicherungsamt.

Der Verkehr des Sekretariats mit dem Reichs-Versicherungsamt ist ein nach jeder Richtung hin zufriedenstellender gewesen. Es sind dem Sekretariat seitens dieser Behörde auch nicht die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt, wir konnten somit die Rechte der versicherten Arbeiter in ausgiebiger Weise wahrnehmen.

Die Vermittlung der Streitigkeiten erfolgte in der Hauptsache durch die Arbeiterssekretariate im Reich; daneben liefen aber auch von den Gewerkschaftskartellen 38, von den Gewerkschaften 121 und von den Klägern selbst, oder durch Vermittlung bekannter Personen 151 Streitigkeiten ein. In welcher Weise die einzelnen Auftraggeber an der Uebermittlung der Aufträge beteiligt sind, ergibt die nachfolgende Tabelle:

Auftraggeber	Die Ansprüche betrafen		
	Unfallrente	Hinterbliebenenrente	Invalidentrente
Altenburg (Arbeiterssekretariat)	2	—	1
Altona	8	2	—
Bochum	13	1	—
Bremen	8	1	—
Breslau	2	—	—
Cöln	8	—	—
Darmstadt	1	—	—
Dortmund	34	2	1
Frankfurt a. M.	22	—	1
Gelsenkirchen	24	1	1
Gera	1	—	—
Gotha	1	2	—
Halle	1	—	—
Hamburg	7	1	2
Hannover	1	1	—
Harburg	1	—	—
Herteln	2	—	3
Jena	1	—	—
Kattowiz	45	2	9
Kiel	3	1	—
Lübeck	20	1	8
Magdeburg	3	—	—
Mannheim	3	—	—
Meißen	1	—	—
München	43	2	1
Neu-Muppin	5	—	—
Posen	1	1	—
Stralsund	1	—	—
Stuttgart	4	—	—
Wolgast	2	—	—
Waldenburg	1	—	—
Gewerkschaftskartelle	37	1	—
Gewerkschaften	116	3	2
Kläger	136	8	7
<b>Gesamt</b>	<b>567</b>	<b>30</b>	<b>36</b>

Nach der vorstehenden Tabelle sind im verfloßnen Jahre 633 Streitigkeiten eingegangen; davon sind 512 erledigt. Was die Behandlung der einzelnen Sachen anbetrifft, so sind, wie unter Circular beim Inkrafttreten des Centralsekretariats empfahl, die Rekurs- oder Revisionschriften von den einzelnen in Betracht kommenden Sekretariaten angefertigt worden. In vielen Fällen machte sich das Einholen weiterer Information und infolge der Entgegungsschrift der Berufsgenossenschaft eine Vervollständigung der Schriftsätze oder die Stellung neuer Beweisangebote notwendig. Von den Gewerkschaften, Gewerkschaftskartellen und den Klägern sind uns natürlich nicht immer die schriftlichen Begründungen der Rekurse oder der Revisionen in Invalidentagen zugegangen. Wir mußten durch eine oft weitläufige Korrespondenz das Material erst vervollständigen, um es als Grundlage für die weitere Verfolgung der Ansprüche der Kläger zu benutzen. Es ist leicht erklärlich, daß die Erlangung dieser Information zum Teil mit sehr großen Schwierigkeiten verknüpft war und was noch übler, daß das Aktenmaterial uns unvollständig zugeführt wurde. Die Arbeiter sind leider in der Aufbewahrung der Aktenstücke sehr nachlässig, vielfach herrscht auch der Glaube vor: Ist einmal die Rente festgesetzt, dann hat auch das Verfahren seinen Abschluß gefunden und das Aufbewahren der Aktenstücke sei überflüssig. Für das Central-Arbeiterssekretariat ist zur Verfolgung der Ansprüche gerade ein umfassendes Material von großer Bedeutung. Es muß deshalb der Wunsch ausgesprochen werden, daß unter geeigneten Umständen in unsern gewerkschaftlichen Versammlungen, besonders bei Rechtsbelehrungen, die von unsern Freunden erteilt werden, immer aufsorgsamste darauf hingewiesen werde, wie notwendig die Aufbewahrung aller Schriftstücke ist.

An die Arbeiterssekretariate richten wir das höfliche Ersuchen, uns rechtzeitig, und zwar bevor noch der Termin vor dem Reichsversicherungsamt angefallen ist, die Akten zuzuschicken. Es erleichtert das die Geschäfte und ermöglicht nachträgliche Einholung von Information, was uns oft bei den kurzen Zeiträumen, die uns zur Verfügung stehen, nicht mehr möglich ist.

Nur in einigen Fällen ist unorganisierten Arbeitern Unterstützung bei ihren Rechtsansprüchen gewährt. Es handelt sich hierbei um Fälle, wo eine besondere Notlage vorlag oder eine Empfehlung von befreundeter Seite eine Abweisung nicht recht zuließ. Bei den landwirtschaftlichen Arbeitern konnten wir auch eine Anforderung bezüglich der Zugehörigkeit zur Organisation nicht stellen, weil für sie die Organisationsbedingungen schwer zu erfüllen sind. Die Zahl der Streitigkeiten, die uns aus diesen Kreisen zugehen, war verhältnismäßig gering; sie betrafen zehn Ansprüche auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes und sechs auf Grund des Invalidentversicherungsgesetzes.

Von den 633 Klagesachen, die eingingen, betrafen 580 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter oder die Hinterbliebenen organisierter Arbeiter.

Die Ansprüche auf Unfallrente überwiegen weit alle andern und hier wieder waren es die Streitfälle über Herabsetzung der Rente, die den größten Teil aller Klagesachen ausmachten.

In einigen Fällen mußte eine mündliche Vertretung der Ansprüche der Verletzten zurückgewiesen werden, da uns nach eingehender Prüfung die Verfolgung der Angelegenheit vollkommen aussichtslos erschien. Die Zahl der nicht vertretenen Ansprüche beläuft sich auf 54 und ist in allen diesen Fällen zu

Ansprüche auf Unfall- oder Hinterbliebenenrente verteilen sich auf die Berufsgenossenschaften wie folgt:

Berufsgenossenschaften	Die Berufsgenossenschaften hatten Refurse eingelegt:				Die Verletzten resp. Hinterbliebenen hatten Refurse eingelegt:				
	Zahl	mit Erfolg	ohne Erfolg	teilweisen Erfolg	Zahl	mit Erfolg	ohne Erfolg	teilweisen Erfolg	zurückgenommen oder Berichtigung abgelehnt
Knappschatts-Berufsgenossenschaft	15	5	10	—	106	35	44	21	6
Steinbruch-Berufsgenossenschaft	2	—	2	—	2	—	1	—	1
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik	4	1	3	—	3	1	2	—	—
Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft	3	—	2	1	8	1	4	1	2
Rhein.-Westf. Hütten- u. Walzwerk-Berufsgenossensch.	1	—	1	—	20	6	4	5	5
Rhein.-Westf. Maschinen- und Kleineisen-Berufsgen.	9	6	3	—	17	6	8	1	2
Sächsisch-Thür. Eisen- u. Stahl-Berufsgenossenschaft	3	1	2	—	6	2	2	—	2
Nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft	2	1	1	—	10	2	3	5	—
Schlesische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	21	3	15	2	1
Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft	10	5	4	1	14	2	10	—	2
Süddeutsche Edel- u. Unedelmetall-Berufsgenossensch.	—	—	—	—	2	—	2	—	—
Berufsgenossenschaft der Musikinstrumenten-Industrie	2	—	—	2	—	—	—	—	—
Glas-Berufsgenossenschaft	2	1	1	—	6	—	5	—	1
Töpferei-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	1	—	1	—	—
Ziegelei-Berufsgenossenschaft	3	1	2	—	3	2	—	—	1
Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie	1	—	1	—	5	—	4	—	1
Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke	1	—	1	—	6	1	5	—	—
Leinen-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	2	1	—	—	1
Schlesische Textil-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	—	—	—	1
Rheinisch-Westfälische Textil-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	1	—	—	—
Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	—	—	—	1
Seiden-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	1	—	1	—	—
Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft	4	1	3	—	6	1	5	—	—
Lederindustrie-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	2	—	2	—	—
Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft	6	3	3	—	18	3	10	2	3
Bayerische Holz-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft	2	1	1	—	6	1	5	—	—
Müllerei-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	1	—	1	—	—
Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft	2	2	—	—	1	—	1	—	—
Zucker-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	2	—	1	—	1
Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft	5	1	4	—	11	3	3	—	5
Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	2	—	1	—	1
Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	8	3	3	—	2
Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	5	3	1	1	6	1	3	—	2
Schles.-Posenische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	6	3	1	—	2
Hannoversche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	6	1	2	—	3
Magdeburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	2	—	2	—	2	2	—	—	—
Thüringische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	7	3	3	—	1
Hessen-Kassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	1	—	—	1	6	2	—	2	2
Rhein.-Westf. Baugewerks-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	8	3	4	—	1
Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	6	3	3	—	2	1	1	—	—
Buchdrucker-Berufsgenossenschaft	5	1	4	—	—	—	—	—	—
Privatbahn-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Straßenbahn-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	—	—	—	—	—
Auhrwerks-Berufsgenossenschaft	2	1	1	—	6	3	2	—	1
Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	1	—	—	—
Ostdeutsche Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	2	2	—	—	—
See-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	3	1	2	—	—
Tiefbau-Berufsgenossenschaft	3	1	2	—	5	1	1	1	2
Fleischerei-Berufsgenossenschaft	1	—	1	—	—	—	—	—	—
Lagerei-Berufsgenossenschaft	4	2	2	—	13	2	6	3	2
Schmiede-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	10	7	2	—	1
Gemeinde-Verwaltungen	1	1	—	—	1	1	—	—	—
Marine-Verwaltung	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Militär-Verwaltung	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Eisenbahn-Verwaltung	—	—	—	—	1	1	—	—	—
	115	41	68	6	384	109	176	43	56

genötigt waren, vor Empfang der Rente oder auch bei Gewährung einer zu niedrigen Rente fremde Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Nach unserm Fragebogen bezogen die von uns vertretenen Arbeiter, soweit die 255 Fragebogen darüber Auskunft geben, in 30 Fällen eine Unterstützung von der Armenverwaltung, in 2 Fällen von ihren Mitarbeitern, in 5 Fällen von dem Betriebsunternehmer, in 2 Fällen von ihren Familienangehörigen und in 1 Fall vom Streikerverein.

#### Die Invalidenrente.

Streitsachen, die Ansprüche auf Invalidenrente zur Grundlage hatten, gingen uns verhältnismäßig wenig zu. Es liegt dies wohl an dem erschwerten Verfahren in der Revisionsinstanz, wo nur ein Mangel des Verfahrens, Widerspruch mit dem Aktieninhalt oder unrichtige Anwendung des geltenden Rechts gerügt werden kann. Soweit diese Revisionschriften von den Arbeitern angefertigt waren, entsprachen sie in keiner Weise den gesetzlichen Anforderungen. Es mußte in der mündlichen Verhandlung die Begründung anders formuliert werden.

Von den 36 eingegangenen Klagesachen sind 31 erledigt; nur eine ist als aussichtslos zurückgewiesen, so daß 30 vertreten wurden. Von den Versicherungsanstalten waren 6 Revisionen eingelegt, davon wurden 3 sofort zu Gunsten der Versicherungsanstalten entschieden und in 3 Fällen wurde das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die vorige Instanz zurückverwiesen. Von den Versicherten waren 24 Revisionen eingelegt, davon wurden 4 zu Gunsten der Versicherten entschieden; 10 Entscheidungen der Schiedsgerichte wurden aufgehoben und die Sache zur erneuten Prüfung an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Die übrigen 10 Streitsachen hatten keinen Erfolg für die Versicherten.

Das Ergebnis ist somit trotz des schwierigen Verfahrens kein ungünstiges, da die an das Schiedsgericht zurückgewiesenen Streitsachen den Versicherten immer die Aussicht auf eine für sie günstigere Entscheidung eröffnen.

Ansprüche auf Altersrente hatten wir bei unsern Vertretungen nicht wahrzunehmen.

Der Geschäftsbericht sieht davon ab, wichtige Entscheidungen des Reichsversicherungsamts zu besprechen, das wäre auch an dieser Stelle nicht möglich. Wir suchen diese Aufgabe, je nach dem sich Gelegenheit dazu bietet, in der Presse zu erfüllen.

Das Tätigkeitsgebiet des Central-Arbeitersekretariats ist auf die Bearbeitung und Vertretung der vorerwähnten Streitsachen nicht beschränkt geblieben, und wurde eine nicht unerhebliche Anzahl von schriftlichen Anfragen, die verschiedensten Rechtsmaterien betreffend, an uns gerichtet. Es war uns nicht möglich, diese Anforderungen zurückzuweisen, besonders wenn die Anfragen aus Gegenden kamen, wo weder eine Gewerkschaftsorganisation noch ein Arbeitersekretariat vorhanden war, oder wenn sie vom Arbeitersekretariat selbst ausgingen. Streng den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses folgend, hätten wir diese Anforderungen ablehnen müssen, wir glauben aber, daß eine etwas weitgehende Auslegung der Beschlüsse im Sinne unserer Auftraggeber gehalten ist. Die Zahl der Anfragen beläuft sich auf 130, die eine gleiche Anzahl von brieflichen Beantwortungen notwendig machten. Wir sehen davon ab, auch eine Anzahl mündlicher Auskünfte zahlenmäßig festzustellen.

Ueber die Bureautätigkeit dürfte wohl die Korrespondenz einen ungefähren Ueberblick gewähren; es

gingen 1640 Postfächer ein und 1830 Sendungen hinaus. Unter den Eingängen befanden sich 1527 Briefe, 94 Karten, 22 Pakete und 3 Drucksachen. Die Ausgänge betrafen 1614 Briefe, 94 Karten, 8 Pakete und 114 Drucksachen. Bemerkenswert sei, daß nur ein geringer Teil der Sendungen an das Reichsversicherungsamt in diesen Zahlen enthalten ist, da wir unsere Schriftsätze nicht durch die Post, sondern persönlich übermitteln.

Die Zahl der Termine beläuft sich auf 604 vor dem Reichsversicherungsamt und 3 vor dem Schiedsgericht. In einigen Streitsachen fanden mehrere Termine statt, da durch Beweisaufnahme oder Vertagung die Ansetzung eines neuen Termins erforderlich wurde; eine Anzahl Termine ist auch in den noch laufenden Streitsachen wahrgenommen. Auf die einzelnen Monate verteilt sich die Zahl der Termine wie folgt: Januar 22, Februar 32, März 43, April 57, Mai 63, Juni 55, Juli 23, August 7, September 62, Oktober 88, November 90, Dezember 66.

Im Juli und August ist wegen der Gerichtsferien die Terminzahl gering. Wie ersichtlich, macht sich aber fortgesetzt eine schnelle Zunahme in der Zahl der wahrgenommenen Termine geltend. Die Mehrzahl der Termine verteilen sich im Monat auf 3 Wochen, weil für gewerbliche Berufsvereinigungen nur für diesen Zeitraum Termine angelegt werden; die vierte Woche gehört den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. Da nun die Zahl der Vertretungen landwirtschaftlicher Arbeiter sehr gering ist, so drängen sich die Termine in den 3 Wochen zusammen. Bei Wahrnehmung einzelner Termine in der Woche, wo die Senate für die Landwirtschaft tagen, geht uns natürlich viel Zeit verloren.

Nach dem Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1903 waren die Arbeiter bei Geltendmachung ihrer Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze in 2579 Fällen im Termin persönlich erschienen, in 196 Fällen durch Rechtsanwälte und in 1566 Fällen durch andere Bevollmächtigte vertreten; die Berufsvereinigungen hatten in 3802 Fällen einen Vertreter.

Wie die Abrechnung der Generalkommission ergibt, sind für das Sekretariat 6771,81 Mk. im verfloffenen Jahre aufgewandt. Diese Summe dürfte sich im Jahre 1904 auf ungefähr 8000 Mk. erhöhen, da für Gehälter größere Ausgaben eingestellt werden müssen. Im verfloffenen Jahre kommt nur das Gehalt eines Beamten voll in Anrechnung, der zweite Beamte trat erst am 1. April seine Stellung an; es mußte aber am Schluß des Jahres eine Hilfe für Schreibarbeiten gefordert werden, die in der letzten Sitzung des Gewerkschaftsausschusses zu einer dauernden gestaltet wurde.

Indem wir unsere Freunde bitten, uns auch ferner in unsern Bemühungen zu unterstützen, hoffen wir, das Institut in immer größerem Umfange den Arbeitern dienstbar zu machen.

Das Central-Arbeitersekretariat.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Arbeiter als Baukontrolleure.

In Coburg hat die städtische Bauverwaltung einen Maurermeister und einen Maurer als Baukontrolleure bestellt. Um eine besoldete Anstellung scheint es sich in diesem Falle nicht zu handeln, so daß dem Arbeiter Konflikte mit seinem Arbeitgeber kaum erspart bleiben werden. — In Ulm wurde dem städtischen Baukontrolleur ein Arbeiter als Hilfskraft

Die regelmäßigen Leistungen der Gewerkschaftskommission sind nicht minder hoch. Sie verwendete dafür 41 202 Kronen. Von ihren Ausgaben entfielen auf die Erhaltung des Reichssekretariats 18, der Landessekretariate, deren eines in Graz für Steiermark, eines in Brünn für Mähren, eines für Nordböhmen in Reichenberg, eines für Nitrin in Triest und eines für Dalmatien in Spalato besteht, 28 Prozent, an Subventionen für 15 Landesvertrauensmänner 14 Prozent, für Agitation und Organisation 10 und für das Correspondenzblatt, die „Gewerkschaft“ 10 Prozent. Das Defizit früherer Jahre konnte im abgelaufenen Jahre beseitigt werden. Dies gelang hauptsächlich durch die starke Zunahme der Gewerkschaften. Aus den Abrechnungen der regelmäßigen Beiträge läßt sich auf eine Zunahme von rund 20 000 Mitgliedern schließen. Aber erst die Jahresstatistik wird die genaue Zahl des Mitgliederzuwachses ergeben lassen.

### Kongresse und Generalversammlungen.

#### Sechster Verbandstag der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Braunschweig, 21. bis 25. Februar 1904.

Vertreten waren 149 Filialen durch 75 Delegierte außerdem die dänische, schwedische, und österreichische Bruderorganisation, ferner der deutsche Steinarbeiterverband und die Asphaltarbeiterorganisation in Leipzig.

Der Rechenschaftsbericht des Centralvorstandes über die allgemeine Entwicklung des Verbandes und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie der Bericht des Ausschusses liegt gedruckt vor. Derselbe enthält eine Menge wertvollen Materials zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Steinseher, insbesondere eine sehr lehrreiche Enquete über die Wohnverhältnisse.

Das Jahr 1902 war für das Steinsehergewerbe das Jahr der tiefsten wirtschaftlichen Depression. Trotzdem sind in diesem wie auch im Jahre 1903 namhafte, positive Vorteile auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen worden. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1903 5035 Mitglieder, umfaßte also nach der Berufs- und Gewerbezahlung ca. 45—50 Prozent der Berufsangehörigen. Für 2386 derselben konnte in der Berichtsperiode (1902 bis 1903) eine Herabsetzung der Arbeitszeit um 1000 Stunden (pro Kopf  $3\frac{3}{4}$  Stunden) pro Woche herbeigeführt werden. Im einzelnen betrug dieselbe:

9 Stunden pro Woche	128 Mann
6 " " " "	368 " "
3 " " " "	1850 " "
1 $\frac{1}{2}$ " " " "	40 " "

Weiter wurde in der Berichtsperiode für 4318 Mann (Steinseher und Hammer) eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes um  $5\frac{1}{10}$  Pfennig erzielt. Im einzelnen betragen die erzielten Lohn-

1 Pfennig pro Stunde für	47 Mann
2 " " " "	552 " "
2 $\frac{1}{2}$ " " " "	295 " "
3 " " " "	186 " "
4 " " " "	135 " "
5 " " " "	2013 " "
6 " " " "	63 " "
7—7 $\frac{1}{2}$ " " " "	710 " "
8—9 " " " "	87 " "
10 " " " "	288 " "
15 " " " "	40 " "

Seit dem Bestehen der Organisation erfolgte eine Steigerung des Durchschnitts-Stundenlohnes der Steinseher von 40,62 auf 58,5 Pfg., des der Hammer von  $38\frac{1}{4}$  auf  $46\frac{7}{10}$  Pfg.

Das Verhältnis der Arbeitszeit zur Höhe des Stundenlohnes ist wie folgt festgestellt worden:

Arbeitszeit Stunden	Steinseher: Stundenlohn in Pfennigen					
	höchster		niedrigster		Durchschnitt	
	1903	1901	1903	1901		
9	75	75	70	70	74,7	1901
9 $\frac{1}{2}$	62	60	48	50	57,2	74,6
10	75	65	30	36	52,8	50,8
10 $\frac{1}{2}$	55	55	40	39,7	50,5	52
10—11	60	55	36	45	50,25	50
11	60	57	35	36	48,6	46,9
11—12	—	45	—	40	—	42,5
12	—	50	—	37,5	—	44,6
11—14	55	—	35	—	45,3	—

Arbeitszeit Stunden	Hammer: Stundenlohn in Pfennigen					
	höchster		niedrigster		Durchschnitt	
	1903	1901	1903	1901		
9	55	55	50	50	54,8	54,5
9 $\frac{1}{2}$	55	45	45	45	54	45
10	50	50	22	25	38,5	43
10 $\frac{1}{2}$	50	41	25	22	37,2	38,7
10—11	40	35	25	35	30,7	35
11	55	47	22	23	36	31
11—12	—	25	—	25	—	25
12	—	29	—	29	—	29

Die Statistik über die Arbeitslosigkeit im Verufe hat ergeben, daß im Jahre 1903 von 1813 Mann nur 153 das ganze Jahr hindurch in Beschäftigung waren. Die Zeit vom 15. März bis 15. Dezember kommt überhaupt nur als Arbeitszeit in Betracht.

Insgesamt hatten diese 1813 Mann in der Zeit vom 15. März bis 15. Dezember 49256 Tage Arbeitslosigkeit (oder vorübergehende Krankheit), sodaß sich die Durchschnittsdauer der Arbeitsperiode auf  $34\frac{1}{2}$  Wochen stellte.

Die Organisation hatte in den beiden Jahren 36 Streiks zu führen (19 Angriffs- und 17 Abwehrstreiks). Von diesen 36 Streiks wurden vier auf Veranlassung des Centralvorstandes abgebrochen, weil dieselben nicht zu rechtfertigen waren. Von den übrigen 32 Streiks verliefen 20 mit vollem, einer mit teilweisem Erfolg, 10 erfolglos, einer war am Schluß des Jahres noch nicht beendet. Von den 16 Abwehrstreiks konnten 12 mit vollem Erfolge durchgeführt werden. Aussperrungen wegen der Maifeier waren in beiden Jahren in Hamburg und Wandsbek zu verzeichnen. Auf mehreren Stellen ist die Maifeier durch Tarifvertrag festgesetzt. Die Ausgaben für Streiks beliefen sich in den beiden Jahren auf 10020,70 Mk. Die Maiausperrungen verursachten den beteiligten Filialen Ausgaben an Unterstützungen in ungefähr derselben Höhe.

Die Gesamteinnahmen beliefen sich in beiden Jahren auf 149014,15 Mk., die Gesamtausgabe auf 115721,50 Mk., der Kassenbestand in allen der Organisation zur Verfügung stehenden Kassen belief sich am Jahresluß auf 67169,40 Mk.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug

	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
1902	4561	4636	4538	3995
1903	4238	4624	4943	5035

Der Bericht des Centralvorstandes wurde ohne Debatte zustimmend zur Kenntnis genommen. An den Bericht des Hauptkassierers knüpfte sich eine

beigegeben, obwohl dort noch im Herbst eine Petition der baugewerblichen Arbeiter abschlägig beschieden und die Forderung der Anstellung eines Kontrolleurs aus Arbeiterkreisen von einem der Herren Stadträte mit den blödesten Einwänden bekämpft wurde. Das Gute bricht sich also trotz des Widerstandes der Arbeiterfeinde Bahn.

Von der bevorstehenden Berufs- und Gewerbezählung erfährt die „Kölnische Zeitung“, daß in den maßgebenden Kreisen der Gedanke einer dauernden Verbindung dieser Statistik mit der alle 5 Jahre am 1. Dezember stattfindenden Volkszählung endgültig aufgegeben worden sei.

## Statistik und Volkswirtschaft.

### Die Streiks in Oesterreich im Jahre 1903.

Die monatlichen Publikationen der „Sozialen Rundschau“ ermöglichen bereits jetzt eine kurze Uebersicht über die Stärke und den Erfolg der Lohnkämpfe des Jahres 1903 zu erlangen. Wir sagen ausdrücklich „bereits jetzt“, weil man bald allem Anschein nach auf eine bessere Publikation als die rohe fortlaufende Registrierung der „Sozialen Rundschau“ wird verzichten müssen. Bis jetzt ist noch nicht einmal die endgültige Publikation der Streiks im Jahre 1902 erschienen, geschweige denn die vom Jahre 1903, und das deshalb, weil, wie das Amt bemerkt, „mehrere Jahlblätter über bedeutendere Ausstände in einem Verwaltungsgebiet“ noch fehlen. Auch das ist ein Zeichen von dem Verfall des Verwaltungsapparates in Oesterreich. Aber immerhin verändert die endgültige Publikation nicht viel an den Monatsnachweisen und so läßt sich schon heute ein Urteil über den Charakter des Streikjahres 1903 abgeben.

Das Ergebnis ist ein durchaus erfreuliches. Der lähmende Druck, den die Krise in den vergangenen zwei Jahren auf die Streikbewegung ausübte, ist verschwunden. Hand in Hand mit dem erfreulichen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung gehen gute Erfolge der Streiks.

Die offizielle Statistik umfaßt nun 10 Berichtsjahre. In dieser Periode wurden mehr Streiks als im vergangenen Jahr nur in den Jahren 1896, 1899 und 1900 gezählt. Auch die Zahl der Streikenden ist auf das normale Maß, auf rund 43 000 gestiegen. Sie steigt seit dem Jahre 1901, das einen Tiefstand der Streiks aufwies, unausgesetzt. Doch hängt sowohl die Zahl der Streiks wie der Streikenden mehr oder minder von Zufälligkeiten ab. Entscheidend für die Beurteilung der Streikbewegung ist aber das Verhältnis zwischen der Zahl der in den beteiligten Betrieben Beschäftigten und der Zahl der Streikenden. Der Prozentsatz der Beteiligung beträgt im Jahre 1903 63,9 Prozent. In den beiden vorhergegangenen Jahren betrug er 1901 38,5, 1902 47 Prozent, in den Jahren vor der Krise dagegen immer zwischen 59 und 69 Prozent. Diese Zahlen bedeuten, daß die Arbeiterkraft neuerdings widerstandsfähiger geworden ist.

Der Erfolg der Ausstandsbewegung läßt sich am besten an der Zahl der verunglückten Streiks ermessen, da die Begriffe des „erfolgreichen“ und „teilweise erfolgreichen“ Streiks sich nicht scharf genug abgrenzen lassen. Von je 100 Streiks hatten nun in den letzten 10 Jahren einen Mißerfolg:

1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903
47,1	43,3	42,6	45,5	40,9	39,6	34,9	43,0	40,6	32,0

Von je 100 Streikenden kehrten mit leeren Händen aus dem Kampfe zurück:

1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903
53,5	26,5	32,6	36,5	25,2	17,8	9,8	32,1	34,7	16,5

Rt. 10

Die Erfolge sind also durchaus befriedigende. Es hat noch nie so wenig verlorene Streiks gegeben wie im Berichtsjahre und von der Streikenden Arbeitererschaft hatten nur 16,5 Prozent überhaupt keinen Erfolg. In dieser Hinsicht wird das Berichtsjahr nur vom Jahre 1900, dem Jahre der Massenstreiks der Bergarbeiter übertroffen. 60 Prozent aller Streiks waren Angriffstreiks.

Wenn in der Industrie auch durchaus noch nicht normale Zustände herrschen, so läßt die Statistik der Ausstandsbewegung doch deutlich erkennen, daß die Arbeitererschaft im Begriffe ist, alle erlittenen Schäden auszubessern.

## Soziales.

### Soziales Elend in der Reichshauptstadt.

Wie der Jahresbericht des Berliner Asylvereins für Obdachlose mitteilt, sind in den verfloßenen 35 Jahren des Bestehens des Vereins 5 009 895 Obdachlose im Asyl aufgenommen worden. Aus der Frequenzstatistik des letzten Jahres ist zu erwähnen, daß das Männerasyl stärker besucht war als im Jahre 1902, daß dagegen die Zahl der Frauen und Kinder, die in den Jahren 1901 und 1902 auf eine unheimliche Höhe emporgeschwollen war, sich etwas vermindert hat; aber immerhin sind die Besuchsziffern von 48 403 Frauen, 7341 Mädchen, 2540 Kindern, darunter 578 Säuglinge, von den genannten zwei Jahren abgesehen, zusammengenommen immer noch weit höher als in allen vorangegangenen zweiunddreißig Jahren. Unter den obdachlosen Frauen befanden sich 516 Greisinnen zwischen 70 und 80 Jahren. Der Arbeitsnachweis war nicht erfolgreich. Es konnte nur 1523 Männern und 366 Frauen Arbeit nachgewiesen werden. In der nächsten Zeit wird mit der Vergrößerung des Männerasyls und dem Neubau des Frauenasyls begonnen werden, so daß der Verein in die Lage kommen wird, tausend Männer und fünfhundert Frauen zu beherbergen.

## Arbeiterbewegung.

### Die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich.

Der vor kurzem erschienene Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission bestätigt vollständig die in unserer Rundschau in Nr. 1 dieses Jahrganges erörterten Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich. Es ist daher nur nötig, die Zahlen über die österreichische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1903, die uns bei Abfassung des Rückblickes noch nicht zur Verfügung standen, hervorzuheben. Die Gewerkschaftskommission hatte im Jahre 1903 über eine regelmäßige Einnahme von 39 902 Kronen zu verfügen. Dazu kamen noch 42 098 Kronen, die durch Listen und freiwillige Sammlungen für Streikzwecke vereinbart wurden. Die gesamten Einnahmen betragen daher einschließlich des unbedeutenden Salbos des Vorjahres 75 561 Kronen. Die gesamten Ausgaben beliefen sich auf 71 010 Kronen. Davon wurden an Streikgeldern verausgabt 29 808 Kronen. Die größten Summen verschlangen die Streiks der Konfektionsarbeiter in Wien und der Glasarbeiter im Psergebirge, die beide Streiks von Heimarbeitern waren, dann die Aussperrung der Ledergalanteriearbeiter in Wien und der Dreher und Former in Znaim, denen die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden sollten. Alle diese Lohnkämpfe wurden gewonnen, nur die Aussperrung der Znaimer Dreher und Töpfer dauert noch fort.

längere Debatte über den Erlaß von Streif- und Extrasteuerschulden aus früheren Jahren. Ein Antrag der Filiale Halle, derselben die besonderen Extrasteuern, die sie sich anlässlich des Streiks 1899/1900 selbst auferlegt, zu erlassen, wurde angenommen, — später auch ein Antrag, den übrigen Filialen die sonstigen Schulden ähnlicher Art zu erlassen.

Der Kassierer der bisher gesondert verwalteten Unterstützungskasse (bei Sterbefällen) konnte berichten, daß der Ueberschuß derselben rund 10000 Mk. betrage und noch 6000 Mk. höher sein könnte, wenn alle Beiträge bezahlt wären. Bezüglich der Haltung des Sachorgans wurden Monitas nicht erhoben. An den Bericht des Ausschusses knüpfte sich eine längere sehr lebhaftete Debatte wegen eines Konfliktes innerhalb des Verbandsvorstandes.

Die weiteren Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein gut begründetes Referat des Verbandsvorsitzenden über „Pflastersteinzoll und Schiffsabgaben (auf natürlichen Wasserstraßen) in ihrer Bedeutung für das Steinselegewerbe“. An der Hand eines reichen amtlichen Zahlen- und Tatsachenmaterials vermochte der Redner nachzuweisen, daß die Interessenten des Zolles bei der Begründung ihrer Forderungen ganz unbändig übertrieben und den Reichstag direkt angelogen haben. So wurde behauptet, daß die „sozialpolitischen Lasten“ in der Steinindustrie 8 Prozent des Lohnes betragen. Inzwischen aber sind daraus schon 8—10 Prozent des Verkaufswertes der Produkte geworden! Redner weist nach, daß die infolge des Zolles nach den eigenen Berechnungen der Zollinteressenten eintretende Verteuerung des Fertigproduktes bis zu 40 Prozent des bisherigen Preises beträgt, eine Verteuerung, die sich die Konsumenten, d. h. die kommunalen Verwaltungsbehörden, niemals aufbürden lassen werden, da ihnen dann anderweitiges, billigeres Pflasterungsmaterial zur Verfügung steht, mithin auch die Steinindustrie von dem Zoll nicht den geringsten Nutzen haben wird. Es gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Der sechste Verbandstag des Verbandes der Steinseleger, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands, frei von jeder parteipolitischen Stellungnahme, unbeeinflusst von jeder handelspolitischen Doktrin, lediglich vom Standpunkte als Produzenten ausgehend, im Interesse der Erhaltung des Steinselegewerbes als eines Zweiges der gesamten deutschen Produktion und der in demselben betätigten Arbeiterschaft, zugleich in Uebereinstimmung mit Besitzern und Leitern zahlreicher deutscher Steinbruch- und Straßenbau-Unternehmungen und größten deutschen Kommunalverwaltungen, erklärt:

Der im deutschen Zolltarif festgesetzte Zoll auf ausländische, fremwärts eingehende Pflastersteine ist in seiner Wirkung ein reiner Prohibitivzoll schärfster Art. Die Wirkung desselben ist gleichbedeutend mit dem völligen Ausschluß ausländischen Pflastersteinmaterials. Ein preiswerter Erlaß desselben ist infolge der hohen Transportkosten für deutsches Steinmaterial aber ausgeschlossen, die infolge des Zolles eintretende Verteuerung auch des inländischen Pflastersteinmaterials ist daher gleichbedeutend mit einer Steigerung der Herstellungskosten für Pflasterungsarbeiten von 15—20 Proz. und darüber hinaus, eine Verteuerung, die unsehlbar und unmittelbar die Verdrängung des Steinpflasters durch andere Pflasterarten, namentlich Asphalt, im Gefolge haben muß. Eine derartige vollständige Lahmlegung eines Produktionszweiges herbeizuführen, kann aber nicht Aufgabe und Zweck einer sich national nennenden Handelspolitik sein.

Durch diese Umwälzung aber, wie auch weiter durch die Repressivmaßnahmen des Auslandes ist eine Ausdehnung des Absatzgebietes der deutschen Steinindustrie ausgeschlossen, wie es von den Vertretern des Pflastersteinzolles auch ausdrücklich ausgeschlossen ist, daß es sich für sie dabei nicht sowohl

um eine Ausdehnung des Absatzes als darum handelt, selbst bei geringerem Absatz höhere Preise zu erzielen — ein Verlangen, das durch irgend eine Notlage der deutschen Steinindustrie in Wahrheit nicht begründet werden kann.

Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß der Pflastersteinzoll in Deutschland — außer einer Handvoll Interessenten — niemanden Nutzen, dagegen aber vielen Tausenden von Arbeitern des deutschen Steinselegewerbes und der deutschen Steinindustrie, zugleich auch den zahlreichen Kleinmeistern des Steinselegewerbes, schwersten, unberechenbaren Schaden bringen muß. Den wirklichen Nutzen von dem Pflastersteinzoll hätten nur die im Auslande mit ausländischem Kapital betriebenen Asphaltgruben und Straßenbau-Unternehmungen.

Die gleiche Wirkung auf das Steinselegewerbe, wie der Pflastersteinzoll, hätte auch die Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen. Gemeinsam mit dem deutschen Steinselegewerbe nahezu völlig lahmlegenden Pflastersteinzoll würden solche Abgaben dasselbe vollends ruinieren.

Der sechste Verbandstag des Verbandes der Steinseleger, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands, als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft des deutschen Steinselegewerbes, erwartet daher von den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches, daß dieselben beim Abschluß von Handelsverträgen auf die Interessen des deutschen Steinselegewerbes Rücksicht nehmen; insbesondere erklärt der Verbandstag, daß nicht nur der vorgeschlagene, sondern — bei dem relativ geringen Wert und der Schwere des in Betracht kommenden Materials — überhaupt jeder Zoll auf Pflastersteine von prohibitiver Wirkung ist und deshalb die dem Steinselegewerbe drohende dringende Gefahr nicht durch eine Ermäßigung, sondern nur durch völligen Wegfall des Zolles beseitigt werden kann.

Der Verbandstag ermächtigt den Centralvorstand, alle in der Sache nötigen Schritte zu unternehmen.

Hieran schließt sich die Beratung folgender beider Tagesordnungspunkte:

Welche Erfolge haben wir auf dem Gebiete der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt, und was hat zu geschehen, um die bisherigen Errungenschaften zu sichern?

Ist die Aufstellung eines einheitlichen Minimallohntarifs für den Wirkungsbereich unseres Verbandes angängig und möglich? Wie stellen wir uns zu der vom Innungsverbande in Aussicht genommenen Tariforganisation?

Der Referent hat hier zuzufolgende Forderungen aufgestellt:

Der Verband der Steinseleger, Pflasterer und Berufsgenossen erklärt sich nach wie vor zum Abschluß eines derartigen Tarifvertrages auf paritätischer Grundlage bereit. Derselbe ist zum Abschluß eines derartigen Vertrages namens der Arbeiterschaft berechtigt, da demselben zur Zeit ca. 50 Proz. der Arbeiter des Steinselegewerbes (Steinseleger und Kammer) angehören.

So lange ein allgemeiner Tarif nicht zu erreichen ist, sind möglichst lokale Tarifverträge anzustreben. Dieselben gelten als Zwischenstufen zur Erreichung der unter 2 aufgestellten Grundforderung und sind deshalb möglichst kurzfristig abzuschließen.

Bei den Lohn- und Lohntariffbewegungen der nächsten drei Jahre sind — unter Zugrundelegung der zum großen Teile schon jetzt anerkannten Lohn- und Arbeitsverhältnisse — folgende Forderungen zu stellen:

I. für Großstädte (über 100 000 Einwohner, einschl. Vororte) Mindeststundenlohn für Steinseleger 75 Pf., für Kammer 60 Pf.;

II. für Orte von 50 000—100 000 Einwohner (einschl. Vororte) Mindeststundenlohn für Steinseleger 70 Pf., für Kammer 55 Pf.;

III. für Orte von 20 000—50 000 Einwohner Mindeststundenlohn für Steinseleger 65 Pf., für Kammer 50 Pf.;

IV. für Orte mit unter 20 000 Einwohner Mindeststundenlohn für Steinseleger 60 Pf., für Kammer 45 Pf.

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit soll nicht mehr als neun Stunden betragen.

Ueberlandarbeit soll entsprechend den den Arbeitern durch dieselbe erwachsenden erhöhten Ausgaben höher bezahlt werden.

Dem Unwesen der Ueberzeitarbeit ist durch möglichst hoch bemessene Zuschläge proaktiv entgegenzuwirken.

Die Lohnsätze sub I-IV und Arbeitszeit können stufenweise zur Durchführung gelangen.

In alle Lohnsätze und Tarifverträge ist die Bestimmung aufzunehmen, daß bei Arbeiten außerhalb des darin festgelegten Tarifbezirktes, die in einem anderen Tarifbezirk mit höheren Tariffätzen belegen sind, zum mindesten die letzteren Anwendung zu finden haben. Diese Forderung ist auch da geltend zu machen, wo ein Tarifvertrag noch nicht besteht, sofern von den Arbeitern verlangt wird, in einem nennenden Tarifbezirk Arbeiten auszuführen.

In der Begründung der Forderungen weist der Referent zunächst auf die Tatsache hin, daß der Verband stark genug gewesen ist, es in 40 verschiedenen Distrikten zum Abschluß von Tarifverträgen zu bringen. Damit dürfte die Legitimation des Verbandes als Vertretung der gesamten Arbeiterschaft und zum Abschluß eines allgemeinen Tarifvertrages gegeben sein. Mit einem Zusatz, daß bei Festsetzung der Tarifgrenzen auf die vorhandenen einheitlichen Wirtschaftsgebiete Rücksicht zu nehmen und die Tarifbezirke regional möglichst auszudehnen sind, gelangten die Leitsätze zur einstimmigen Annahme, ebenso eine die vom Steinschermingverbande geplante „Steinischer Standes-Versaffung“ ablehnende Resolution.

Es folgt die Beratung des Punktes **Agitation**. Hierzu schlägt der Centralvorstand die Festanstellung des Hauptkassierers und eines Gaubeamten für Rheinland-Westfalen vor. Die sehr umfangreiche und lebhafteste Debatte dreht sich ausschließlich um den Gaubeamten bzw. dessen Wirkungskreis. Zur Annahme gelangt mit überwiegender Mehrheit ein Antrag, den Hauptkassierer und einen dritten Beamten fest anzustellen; letzterer hat bis auf weiteres seinen Wohnsitz in der Rheinprovinz zu nehmen und kann nötigenfalls vom Hauptvorstand von dort abberufen werden.

Der Punkt **Unterstützungswesen** entfesselte eine lebhafteste prinzipielle Debatte über die Frage Unterstützungs- oder Kampforganisation. Es gelangten in der Generaldiskussion hierüber nicht bloß die Anträge des Centralvorstandes betr. Einführung der Krankenunterstützung, sondern auch die auf Erhöhung der Streikunterstützung, Unterstützung wegen Beteiligung an der Maifeier Gemahregelter und betr. wöchentliches Erscheinen des Fachorgans zur Erörterung. Die vom Centralvorstand vorgeschlagene Krankenunterstützung soll rückwirkende Kraft erlangen für solche Mitglieder, welche in früheren Jahren ihre Pflichten erfüllt, also alle früheren Beiträge voll bezahlt haben. Die prinzipielle Abstimmung ergab, daß 50 Delegierte, welche 3365 Mitglieder vertreten, für die Krankenunterstützung und 25 Delegierte (1578 Mitglieder) dagegen stimmten. Damit waren alle übrigen Anträge auf Erhöhung der Streikunterstützung, Unterstützung Maifeierausgesperrter, Erscheinen des Fachorgans usw. gefallen.

Die Unterstützungssätze werden festgesetzt: An Unterstützung wird in der höchsten Beitragsklasse gewährt pro Tag 1 M. und zwar

1. nach 40 Beitragswochen auf die Dauer von 2 Wochen,
2. nach 80 Beitragswochen auf die Dauer von 4 Wochen,
3. nach 150 Beitragswochen auf die Dauer von 6 Wochen,
4. nach 200 Beitragswochen auf die Dauer von 9 Wochen,
5. nach 300 Beitragswochen auf die Dauer von 13 Wochen.

In der mittleren Beitragsklasse beträgt der Unterstützungssatz pro Tag nur 75 Pfg., in der unteren Beitragsklasse pro Tag nur 60 Pfg.

Die Unterstützung wird nach siebentägiger Krankheit, aber nur in der Zeit vom 15. März bis

15. Dezember gewährt. Mitglieder, welche dem Verbandsverbande mindestens fünf Jahre ununterbrochen angehören, können auch in der Zeit vom 15. Dezember bis 15. März unterstützt werden.

In Rücksicht darauf, daß eine Erhöhung der Beiträge mit der Einführung der Krankenunterstützung nicht eintritt, wird das bisher gewährte Sterbegeld (150 M. beim Todesfalle eines Mitgliedes, 100 M. beim Tode der Ehefrau eines solchen) entsprechend den drei Beitragsklassen auf 100, 75 und 60 M. herabgesetzt. Dasselbe ist nunmehr für Mitglieder und deren Ehefrauen gleich hoch.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde in Rücksicht auf die nicht zu umgehende erhebliche Beitragserhöhung und auf die Schwierigkeit der Kontrolle der Arbeitslosigkeit zur Zeit noch für unzulässig erklärt, dagegen empfohlen, dieselbe im örtlichen Rahmen einzuführen und nach und nach auf größere Bezirke (Gau) auszudehnen.

Auch wurde beschlossen, die Streikunterstützung auf den Winter auszudehnen, sofern das Wetter das Arbeiten im Verufe erlaubt. Hervorgehoben ist dieser Beschluß zum Teil dadurch, daß Mitgliedern, die im Nebenberuf arbeiten und da etwa in Streiks hineingezogen werden, ebenfalls im Winter Streikunterstützung gezahlt werden muß. Weiter wird den Filialen, die über lokale Fonds in genügender Höhe verfügen, das Recht zugesprochen, die statutarische (aus der Hauptkasse zu zahlende) Streikunterstützung wesentlich zu erhöhen und zwar pro Mitglied um 3.— M. pro Woche, auch kann verheirateten Mitgliedern auf jedes Kind unter 14 Jahren wöchentlich 1.— M. Unterstützung und dieselbe bei Angriffstreiks vom ersten Tage ab gezahlt werden. Bei Aussperrungen soll die Unterstützung auf zwei Drittel des Lohnes erhöht werden können.

In der nun folgenden Statutenberatung wird das Eintrittsgeld einheitlich auf 50 Pfg. festgesetzt, jedoch sollen die Filialen das Recht haben, aus geschlossenen Mitgliedern ein höheres Eintrittsgeld aufzuerlegen. Auch haben dieselben eine verlängerte Karenzzeit zurückzulegen. Die Wochenbeiträge sollen bei mehr als 4,50 M. Tagesverdienst 50 Pfg. bei über 3 M. bis 4,50 M. 40 Pfg. betragen. Sodann wurde die Schaffung einer dritten Beitragsklasse beschlossen mit 30 Pfg. Wochenbeitrag, welchen alle diejenigen Berufsangehörigen zahlen, deren Tagesverdienst 3 M. nicht übersteigt. An die Hauptkasse gehen 75 Prozent der Beiträge und Eintrittsgelder.

Der Verbandstag soll alle drei Jahre stattfinden. Betreffs Heranziehung der Straßen-Asphaltierer zum Verbandsverband haben Verhandlungen zwischen dem Centralvorstande und dem Vorstande der Berliner Asphaltarbeiter-Organisation stattgefunden, die aber noch in keinem Resultat geführt haben. Es wird einstimmig beschlossen, daß der Centralvorstand die Verhandlungen mit beiden Organisationen fortzusetzen hat. Sollten dieselben erfolgreich sein, so soll der Name des Verbandes umgewandelt werden in „Verband der im Straßenbau beschäftigten Arbeiter Deutschlands“.

Die internationalen Beziehungen sind soweit gegeben, daß der Abschluß eines Kartellvertrages und die Wahl eines internationalen Sekretärs vorteilhaft sind, womit sich die anwesenden dänischen, schwedischen und österreichischen Vertreter sowohl, als auch der Verbandstag einstimmig einverstanden erklärten. Als internationaler Sekretär wird auf Vorschlag der Ausländer einstimmig Knoll-Berlin gewählt.

Zum Punkt „Arbeiterschutz im Straßenbau“ nahm der Verbandstag nach einer kurzen Begründung einstimmig eine Resolution an, des Inhalts, daß derselbe



Die Normierung der Beamtengehälter geschieht in folgender Weise: Das Gehalt des ersten Vorsitzenden wird auf 2400 Mk. erhöht. Das Anfangsgehalt des Hauptfasserers wird auf 2000 Mk., das des Gaubeamten einstimmig auf 1800 Mk. festgesetzt. Letzterer erhält außerdem 150 Mk. Wohnungszuschuß, wofür er ein Zimmer zu Verbandszwecken zu stellen hat. Sämtliche Gehälter steigen jährlich um 50 Mk. Auf Reisen erhalten der Vorsitzende und event. auch der Hauptfasserer pro Tag 7,50 Mk., der Gaubeamte 5 Mk. Tagespfejen. Es werden gewählt: Knoll als Vorsitzender, Scholz-Berlin als Hauptfasserer, Wiese-Hamburg als Gaubeamter.

Der nächste Verbandstag findet in Leipzig statt. Damit hatten die Verhandlungen ihren Abschluß erlangt.

### Lohnbewegungen und Streiks.

Die Aussperrung der holländischen Diamantarbeiter in Amsterdam dauert fort. In Antwerpen haben dagegen eine Reihe größerer Diamantschleifereien den Neuntundentag eingeführt. Wie verlautet, verhandeln Amsterdamer Schleifer mit Hanauer Fabrikbesitzern über die Ueberlassung von Schleifmühlen, sodaß durch den Kampf eine Neubelebung der Hanauer Diamantschleiferei in Aussicht steht.

### Vom Arbeitsmarkt.

Die Errichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises in Bremerhaven, die seitens des Gewerkschaftsartells beantragt war, wurde durch den dortigen Stadtrat mit der Begründung abgelehnt, daß sämtliche Arbeitgeberverbände sich gegen diese Einrichtung ausgesprochen hätten. Das Arbeitgebertum hat damit aufs Neue bewiesen, daß es auf die Gleichberechtigung der Arbeiter pfeist und für soziale Pflichten nicht zu haben ist, sondern rücksichtslos seinen Grundsatz, Herr im Hause zu sein, zur Geltung bringen will. Daß es dabei massenhaft Arbeitskräfte nach dem Unterweisergebiet trotz der dort herrschenden Arbeitslosigkeit anwirbt, kennzeichnet sein Verhalten als in hohem Grade gemeingefährlich. Für die Gemeindeverwaltung ist dieses Verhalten aber leider maßgebend, weil sie unter dem Einfluß der Aheber und Wertbesitzer steht. Wir erneuern die Warnung vor Zuzug nach dem Unterweisergebiet!

### Aus Unternehmerkreisen.

**Eine Centralstelle deutscher Arbeitgeberverbände.**  
Der Ausschuß des Centralverbandes deutscher Industrieller wird am 17. März in Berlin zusammentreten, um über den Plan der Organisation einer Centralstelle der deutschen Arbeitgeberverbände Stellung zu nehmen. Die Beratungen stehen im engen Zusammenhang mit den Beschlüssen der Industriellenversammlung vom 17. Januar d. J., betr. die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes.

### Gewerbegerichtliches.

**Wahlen.** In Tilsit stimmten 382 Arbeiter für die Liste der Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine erhielten nur 33 Stimmen. — In Frankfurt a. M. wurde die Wahl zum erstenmal nach

dem proportionalen System vorgenommen. In der Arbeiterabteilung wurden 6818 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste des Gewerkschaftsartells 6221 und auf die Liste der christlichen Arbeitervereine 597 Stimmen. Die Gewerkschaftsliste enthält demnach 30 und die christliche Liste 3 Beisitzer. In der Unternehmerabteilung wurden 309 Stimmen abgegeben. Davon für die Liste der vereinigten Gewerbetreibenden 213 und für die Liste der sozialdemokratischen Unternehmer 96. Diese erhalten demnach 10 Beisitzer und die Innungsliste 23.

### Andere Organisationen.

**Der deutsche Wertmeister-Verband** (Sitz Düsseldorf) zählte am Schlusse des Jahres 1903 rund 42 000 Mitglieder, die sich aus dem Bergbau und allen Industrien rekrutieren. Für Sterbefälle wurden in dem gleichen Jahre 524000 Mk. zur Auszahlung gebracht, während 4300 Witwen mit 170000 Mk., bedürftige, franke und stellenlose Mitglieder mit 135000 Mk. unterstützt wurden. Der Brandversicherungsverein, den der Verband für seine Mitglieder ins Leben rufen will, liegt der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vor, ebenso eine Pensionskasse. An Vermögen verfügt der Verband zurzeit über 5 Millionen Mark, während er seit seinem Bestehen (1884) insgesamt 8 Millionen Mark an Sterbegeldern und Unterstützungen zur Auszahlung brachte.

**Der christliche Textilarbeiterverband „Unitas“** in Holland besteht nach seinem auf der jüngsten Generalversammlung zu Hengelo gegebenen Geschäftsbericht aus 12 Ortsvereinen mit 1450 Mitgliedern. Er hatte in der Verbandskasse 2542 Mk., in der Widerstandskasse 1203 Mk. Jahreseinnahmen; die Gesamtausgaben betragen 3323 Mk., so daß ein Ueberschuß von 422 Mk. verblieb. Ein Streben nach einmütigem Zusammenwirken mit der übrigen Textilarbeiterbewegung war bemerkbar. Bei der katholischen Organisation findet der Verband indes wenig Gegenliebe; insbesondere waren seine Versuche, mit dem katholischen Gewerkschaftssekretariat zusammenzuarbeiten, erfolglos, so daß er wohl durch die Macht des Fabrikantendruckes bald dazu gedrängt werden dürfte, mit den modernen Gewerkschaften zusammenzugehen.

### Mitteilungen.

**Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.**

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin: Gerisch, Alwin, Parteisekretär.  
Pfannkuch, Wilhelm, Parteisekretär.  
Heyshold, Carl, Angestellter des Verbandes der Bäcker.  
Chemnitz: Köhler, Karl, Expedient.  
Hamburg: Görliß, Karl, Redakteur.  
Hannover: Fißel, Adolf, Angestellter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter.  
Kattowitz: Adamel, Joseph, Angestellter des Verbandes der Bergarbeiter.  
Leipzig: Lange, Paul, Berichterstatter.  
Neder, Heinrich, Angestellter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter.

Stuttgart: Schmidt, Georg, Redakteur.  
Zwickau: Reiber, Heinrich, Expedient.

Einwendungen gegen die Aufnahme der Genannten sind innerhalb 14 Tage nach dieser Veröffentlichung an Robert Schmidt, Berlin SO. 26, Raunhst. 40, zu senden.